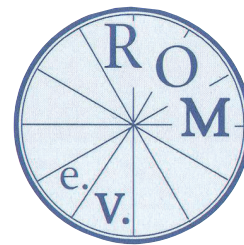


nevipe



Heft 02-2022

Nachrichten und Beiträge aus dem Rom e. V.



GEWALT

Inhaltsverzeichnis:

VORWORT

AKTUELLES AUS DEM/UM DEN ROM E.V.

- 04 Stellungnahme der Rom:nja im Rom e.V.
– **Rom:nja aus dem Rom e.V.**
- 06 Pressemitteilung Rom e.V. wählt neuen Vorstand:
Ein Rom als erster Sprecher – **Rom e.V.**
- 07 Aktion „Respekt“ – **Elisabeth Klesse**
- 08 Young Power: Rom:nja und Sinti:ze - WIR
in München – **Redjep Jashari**
- 09 Alternative zur Abschiebung: Programm
Bleibeperspektiven – **Ossi Helling, Vera Tönsfeldt**
- 13 Mai 1940 – 1000 Sinti und Roma - **Ruždija Sejdović**
- 15 Zehn starke Zeitzeug:innen berichten von ihren
Familiengeschichten: Premiere des Films „Djelem,
Djelem, Rom:nja und Sinti:zze im langen Schatten
des 20. Jahrhunderts“ – **José Xhemajli**
- 16 Rede zur Filmpremiere „Djelem,
djelem“ – **José Xhemajli**
- 18 Rede zur Filmpremiere „Djelem,
djelem“ – **Maurice Lösbrock**
- 19 Romanes-Unterricht als Teil des Romno
Power Clubs – **Orhan Ismaili**
- 20 Vorlesetag 2022: „Glitzer für alle!“ – **Vera Tönsfeldt**

GEWALT

- 23 Gewalt in der Arbeit mit Geflüchteten – **Doris Schmitz**
- 27 Roma-Mordserie in Ungarn: Ein schockierendes
Geständnis - und kein Interesse – **Keno Verseck**
- 29 Gewalt in und durch Sprache – **Lara Nicolaysen**
- 32 Roma for humanity – **Lucian Buletin**
- 33 Geflüchtete Roma aus der Ukraine in
Tschechien. Ein Reisebericht des Roma
Centers- **Roma Antidiscrimination Network**
/Roma Center e.V. Göttingen

AKTUELLE SITUATION IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

- 38 Pressemitteilung 10 Jahre Denkmal: Bundespräsident
Steinmeier bittet Sinti und Roma um Vergebung
– **Zentralrat Deutscher Sinti und Roma**

KUNST UND KULTUR

- 39 Neuerscheinung: Jagdszenen aus
Niederthann - **Hans Woller**
- 40 Tagungsbericht: Bilder – Macht – Antiziganismus,
online am 14. Oktober 2022 – **Vera Tönsfeldt**
- 42 Projekt SpuRom:nja geht an den Start – **Lisa Willnecker**

VERANSTALTUNGSKALENDER

AUTOR:INNENVERZEICHNIS

Impressum

RomBuK - Bildung und Kultur im Rom e.V.
Rom e. V.
Venloer Wall 17, 50672 Köln
E-Mail: rombuk@romev.de
Tel.: 0221-278 60 76
ISSN 1868-9795

Redaktionsteam:

Redjep Jashari, Doris Schmitz, Ruždija Russo
Sejdović, Vera Tönsfeldt und Lisa Willnecker

Redaktionsleitung:

Lisa Willnecker

Technische Umsetzung: Ali Tekin

Die Artikel geben jeweils die Meinung der Autorin
bzw. des Autors wieder und nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion.

Vorwort

Liebe Leser:innen,

es ist wieder soweit: Pünktlich zum Jahresende erscheint unsere letzte Ausgabe der *Nevepe* mit dem Schwerpunkt **„Gewalt“**. Der spezifische Rassismus gegen Rom:nja und Sinti:ze, der Antiziganismus, hat als eine Form von Gewalt in diesem Jahr vermehrt politische Aufmerksamkeit erhalten: Zum einen wurde Mehmet Daimagüler, der als Vertreter der Nebenklage die Familien der Opfer im NSU-Prozess vertrat, zum ersten Bundesbeauftragten gegen Antiziganismus ernannt. Zum anderen konnten auch schon weitere längst überfällige Maßnahmen im Kampf gegen den Rassismus gegen Rom:nja und Sinti:ze angegangen werden: Darunter die Etablierungen von Meldestellen auf Bundes- und Länderebene, die antiziganistische Vorfälle erfassen, dokumentieren und sichtbar werden lassen. Darüber hinaus sind sie Anlaufstellen für die Betroffenen.

Dennoch hat sich auch in diesem Jahr gezeigt, dass Antiziganismus gesamtgesellschaftlich wenig bis gar nicht geächtet ist. Mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine waren und sind viele Menschen gezwungen ihre Heimat zu verlassen. Während in Europa und Deutschland das Ankommen für weiße Geflüchtete um ein vielfaches vereinfacht wurde, offenbarten NGOs immer wieder, dass Rom:nja als Geflüchteter zweiter Klasse behandelt wurden und werden. Dass die Gewalt an geflüchteten Rom:nja in Deutschland eine Geschichte hat verdeutlicht **Doris Schmitz** in ihrem Artikel **„Gewalt in der Arbeit mit Geflüchteten“**. **Lucian Buletin** und das **Roma Center in Göttingen e.V.** beleuchten die Situation für geflüchtete Rom:nja aus der Ukraine in Tschechien und Rumänien. In beiden Artikeln wird der untragbare und rassistische Umgang mit Rom:nja mehr als deutlich. Einem konkreten Vorfall von Gewalt gegen Rom:nja widmet sich **Keno Verseck**, der die brutale Mordserie an Rom:nja 2008/2009 in Ungarn und deren justizielle Aufarbeitung in den Blick nimmt. **Lara Nicolaysen** von der Antidiskriminierungsstelle der Caritas nähert sich dem Thema Gewalt über den Aspekt der Sprache.

Darüber hinaus darf auch in dieser Ausgabe **„Aktuelles aus und um den Verein“** nicht fehlen. Im September hat der Romanes-Unterricht von und für Angehörige der Communities im Rom e.V. begonnen. **Orhan Ismaili** berichtet darüber. Der Romanes-Unterricht ist Bestandteil des Romno Power Clubs in Köln, der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Communities einen Schutzraum bietet und Empowerment ermöglicht: **Redjep Jashari** berichtet in seinem Artikel über die Empowerment-Fahrt des Romno Power Clubs nach München. Im Artikel **„Mai 1940 -1000 Sinti und Roma“** gibt **Ruzdija**

Sejdović einen Einblick in die Gedenkveranstaltung am 16. Mai in Köln Deutz, die an die Deportationen von Rom:nja und Sinti:ze in das deutsch besetzte Polen erinnerte und die in Kooperation mit dem EL-DE-Haus Verein, dem Runden Tisch für Integration und der Vereinigung der Sinti und Roma für Mensch und Rechte Köln e.V. stattfand. Falls Sie unsere Filmpremiere **„Djelem,djelem. Rom:nja und Sinti:ze im langen Schatten des 20. Jahrhunderts“** im November im Turistarama-Kino in Köln verpasst haben, wird Ihnen der Artikel sowie die beiden abgedruckten Reden von **José Xhemajli** und **Maurice Lösbrock**, die an der Premierenfeier gehalten wurden, einen Eindruck des Abends vermitteln.

Im Kapitel **„Kunst und Kultur“** machen wir auf eine Neuerscheinung im Beck-Verlag und zwei Neuerscheinungen aus dem Projekt-RomBuK aufmerksam: Der Bericht zur Tagung **„Bildermacht – Antiziganismus“** des Projektes DigiRom wird im Januar herausgegeben, die Stadtrallye App, mit der sich auf Spurensuche der Geschichten von Rom:nja und Sinti:ze begeben werden kann sowie die begleitende Handreichung sind am 16. Dezember 2022 erscheinen.

Wir möchten uns herzlich bei allen Autor:innen für ihre Beiträge bedanken!

Allen Leser:innen wünschen wir besinnliche Feiertage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und eine angenehme Lektüre.

Euer RomBuK-Team

Stellungnahme der Rom:nja im Rom e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freund:innen, in der Anlage finden Sie/findet ihr die Stellungnahme von knapp 40 Rom:nja aus dem Verein Rom e.V.

Inhaltlicher Schwerpunkt dieser Stellungnahme ist der Vorwurf an den Rom e.V., ein reiner „Gadsche/Gadje Verein“ zu sein, in dem wenige Rom:nja Marionetten seien.

Dieser Vorwurf taucht in den letzten Jahren immer mal wieder auf. Bisher hat der Verein dazu geschwiegen.

Im August dieses Jahres haben die Rom:nja im Verein ihre Stellungnahme an alle Organisationen geschickt, die im „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“ sowie in der „Bundesvereinigung der Sinti und Roma e.V.“ zusammengeschlossen sind. Weiterhin haben wir die Stellungnahme an kleinere Sinti- und Roma-Organisationen im Raum Köln geschickt.

Festgehalten wird, dass inzwischen Rom:nja den Verein prägen. „So auch im Vorstand, wo Parität zwischen Rom:nja und Nicht-Rom:nja satzungsgemäß garantiert

ist. Und in Sachen, die die Roma alleine betreffen, ist eine/r von uns erste/r Sprecher des Vereins. Der Rom e.V. ist unsere migrantische Selbstorganisation, die von Nicht-Roma innerhalb des Vereins optimal unterstützt wird“(Stellungnahme S.2).

Wir geben diese Stellungnahme jetzt befreundeten Organisationen aus dem Geflüchteten- und Menschenrechtsbereich weiter, sowie an einzelne Vertreter von Politik und Verwaltung.

Für Fragen steht Ihnen /Euch der Unterzeichner zur Verfügung.

Sie/ Ihr dürft gerne Kommentar und Stellungnahme innerhalb eurer Strukturen weitergeben an Menschen, die sich auch für die Belange von Rom:nja und Sinti:ze interessieren.

Ruzdija Sejdovic
(Sprecher des Rom e.V.)

Stellungnahme der Rom:nja in Rom e.V.

Wir Rom:nja sind teils Mitarbeiter:innen, teils Unterstützer:innen des Vereins Rom e.V. Teils sind wir das schon viele, viele Jahre; teils sind wir das seit den letzten Jahren.

Der Rom e.V. ist unser Verein. Unser Verein ist insbesondere in den letzten Jahren ein wichtiger Stützpfiler für die mehreren Tausend Roma, die in Köln und Umgebung leben. Ein Stützpfiler im gemeinsamen Kampf gegen Antiziganismus und für umfassende Teilhabe.

In letzter Zeit kommt es häufiger zu einzelnen - leider auch über Netzwerke und Mails verbreiteten - unbegründeten verbalen Angriffen in Form von Beleidigungen und Diskriminierungen der Rom:nja und Nicht-Rom:nja im Rom e.V. Köln. insbesondere auf einzelne Mitglieder des Vorstandes, aber auch auf alle Mitarbeiter:Innen mit Roma-Herkunft, die seit Jahren in und mit dieser Organisation arbeiten. Unbegrün-

dete Anschuldigung oder Beleidigung gegen uns und gegen den Rom e.V. insgesamt können wir nicht mehr zulassen.

An alle, die in irgendeiner Form positiv oder negativ, konstruktiv oder unkonstruktiv den Rom e.V. kritisieren wollen raten wir, zuerst ihre kostbare Zeit zu nutzen und unser Stellungnahme zu lesen. Als Anmerkung, wir Rom:nja haben diese Position selbst geschrieben, damit es nicht wieder zu Verwirrung kommt, dass Nicht-Rom:nja unsere Position bestimmen und darüber schreiben.

Sind wir wirklich „Marionetten“ irgendwelcher Gadje, oder sind wir Rom:nja, die seit Jahren Familien aus unserem Volk helfen? Sind wir „kleine Wasserträger“ oder sind wir Menschen, die gegen Diskriminierung und Rassismus und Antiziganismus kämpfen?

In den 1990er Jahren kam es aufgrund des Krieges zu einem Exodus der Roma vom Balkan. Auch viele Roma-

Familien aus dem Ex-Yu-Gebiet suchten ihr Domizil und ihre Existenz in der Stadt Köln. Damals schlossen wir uns mit dem Nicht-Rom, dem Menschenrechtsaktivisten Kurt Holl und seine Freund:innen und Mitstreiter:innen zusammen. Und so entstand eine Organisation gemäß den damaligen Erfahrungen der 80er Jahre: eine Organisation zur Verständigung zwischen Roma und Nicht-Roma. Eine gleichberechtigte Symbiose von Aktivitäten im Kampf gegen Rassismus und für die Würde der Roma, die damals massenhaft vor den Kriegseignissen und den Schrecken des Zusammenbruchs und der Zerstörung eines sehr großen europäischen Landes wie Jugoslawien flohen.

In dieser Zeit hatten wir Rom:nja nicht das politische, soziale oder finanzielle Potenzial, um uns zu organisieren und eine eigene Organisation zu gründen. Damals wie heute sollte uns Rom:nja auch klar sein, dass es richtig ist, sich auch Hilfe und Finanzierung der sogenannten Mehrheitsgesellschaft zu holen.

Wir Rom:nja kennen unsere Bedürfnisse am besten, aber wir können diese Bedürfnisse letztlich nur als Teil der gesamten Gesellschaft verwirklichen. Deshalb ist es richtig, wenn wir eng mit unseren Nicht-Rom:nja Freunden im Verein zusammenarbeiten!

Die Zusammenarbeit zwischen Roma und Nicht-Roma ist in einer demokratischen Gesellschaft und auch in unserem Verein notwendig. Und im Rom e.V. werden alle Entscheidungen mit großem Respekt vor der Stimme der Rom:nja getroffen. So auch im

Vorstand, wo Parität zwischen Rom:nja und Nicht-Rom:nja satzungsmäßig garantiert ist. Und in Sachen, die die Roma alleine betreffen, ist eine/r von uns erste/r Sprecher des Vereins.

So aber auch in den Teams aller Arbeitsbereiche. In diesen Teams sind seit langem Menschen mit Migrationsgeschichte deutlich in der Mehrzahl der fast 40 Mitarbeiter:innen. Der Rom e.V. ist eine multiethnische und antirassistische Organisation. Deshalb sagen wir Rom:nja: Der Rom e.V. ist unsere migrantische Selbstorganisation, die von Nicht-Roma innerhalb des Vereins optimal unterstützt wird. Diese inzwischen erreichte Symbiose der Einheit führte dazu, dass der Roma e.V. seit mehr als dreißig Jahre überlebt und in den letzten Jahren sogar in allen Bereichen expandiert hat. Wir Roma, die noch keine starke politische Lobby haben, brauchen unsere Nicht-Roma-Freunde, sei es innerhalb oder außerhalb unserer Organisation. Und nur so ist es möglich, die Demokratie einer Organisation wie der unseren aufrechtzuerhalten.

Ansonsten haben wir den Fall „Ein Person Verein“ oder „Familienverein“, der sich in den letzten Jahren durch die Idee der „Selbstorganisation“ verkleidet.

Ein reiner Roma-Verein würde unsere dreißigjährige Arbeit wieder auf den Anfang bringen. Und wir Rom:nja, die wir jeden Tag mit unseren Roma-Familien arbeiten, wollen nicht alles zunichtemachen zugunsten irgendwelcher Theorien über reine, andere ausschließende, Roma Organisationen. Das auch wegen der großen Verantwortung, die wir gegenüber der Gesamtheit der Kölner Roma haben.

Wir Rom:nja, Mitglieder des Vorstandes sowie Rom:nja-Mitarbeiter:innen im Rom e.V. sind Augenzeugen dessen, was nationalistische Konflikte schaffen und wohin sie führen können, weil wir das während der Zerstörung Jugoslawiens erlebt haben. Und das ist ein ganz wichtiger Aspekt, der alle Rom:nja-Mitarbeiter:innen motiviert, die im Rom e.V. arbeiten, gegenseitigen Respekt mit allen Angehörigen anderer Nationen zu verbreiten, die eine lebendige Kommunikation mit den Roma akzeptieren und wollen. Wenn wir Angehörige des Volkes der Roma von anderen Völkern akzeptiert und respektiert werden wollen, dann müssen wir auch andere Völker akzeptieren, insbesondere unsere Mitmenschen aus anderen Roma und Sinti Ethnien und Gruppen. Keiner will, dass sich in Europa menschenverachtender Rassismus, Ultra-Nationalismus und Faschismus breit macht. Europas Populisten und Rassisten wollen das. Wir aber wollen ein Europa der lebendigen Demokratie und der Vielfalt.

Alle, die uns scharf kritisieren ohne uns wirklich zu kennen, sind eingeladen, unsere Arbeit, unsere Organisation, aber auch die Entscheidungsmechanismen in unserer Organisation kennenzulernen. Nicht eingeladen sind die, denen es nicht um solidarische Kritik, sondern um Herabsetzungen, Diskriminierungen und persönlichen Beleidigungen von uns Roma geht.

Wir sind hier, um mit unseren Brüdern und Schwestern Menschenrechte für Roma in Köln, in Deutschland und in Europa durchzusetzen.

Wir laden alle ein, die Gleiches oder Ähnliches wollen: Kommt zu uns, lernt uns kennen.

Köln, August 2022

Rom e.V. wählt neuen Vorstand: Ein Rom als erster Sprecher

Vier Rom:nja und vier Nicht-Rom:nja bilden den neugewählten Vorstand, der Anteil der Rom:nja im Verein – bei Mitgliedern und Mitarbeiter:innen – steigt stetig, was sich auch daran zeigte, dass die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer:innen bei der Jahreshauptversammlung Rom:nja waren.

Köln, 15.11.2022: „Im Verein, im Vorstand, bei Ehrenamtlichen und Mitarbeitern streben wir ein paritätisches Verhältnis von Roma und Nicht-Roma an.“, heißt es im Leitbild des Rom e.V. Dieses Prinzip wird im Verein gelebt, allein durch den paritätisch besetzten neugewählten Vorstand. Ruzdija Sejdovic wurde bei der Jahreshauptversammlung im November dieses Jahres zum 1. Sprecher des Rom e.V. gewählt, zweite Sprecherin ist Simone Treis.

„Wir sind noch nicht ganz am Ziel, aber auf einem guten Weg“, so der neugewählte 1. Sprecher des Vereins, Ruzdija Sejdovic. „Wir werden unsere Bemühungen, die Parität auf allen Ebenen - vor allem bei Mitgliedern und Mitarbeiter:innen - umzusetzen, weiter verstärken.“

Ein wichtiges Thema in der Sitzung war eine von den Rom:nja im Verein verfasste Stellungnahme. Inhaltlicher Schwerpunkt dieser Stellungnahme ist der Vorwurf an den Rom e.V., ein reiner „Gadsche/Gadje Verein“ zu sein, in dem wenige Rom:nja Marionetten seien. Dieser Vorwurf taucht in den letzten Jahren immer mal wieder auf. Bisher hat der Verein dazu geschwiegen.

„Der Rom e.V. ist unsere migrantische Selbstorganisation, die von Nicht-Roma innerhalb des Vereins optimal unterstützt wird“, so Sejdovic. „Wir setzen uns immer gerne mit Kritik von außen auseinander und laden gerne alle Kritiker:innen ein, mit uns ins Gespräch zu kommen. Bei Herabsetzungen, Diskriminierungen und persönlichen Beleidigungen von uns Rom:nja im Verein ziehen wir allerdings eindeutig eine Grenze.“

Liebe Mitglieder und Freund:innen des Rom e.V.,

dieses sehr herausfordernde Jahr neigt sich dem Ende und wir hoffen, dass ihr im Kreise von lieben Menschen die Feiertage genießen und ein wenig abschalten könnt. Wir danken allen, die sich mit uns und unserer Arbeit verbunden fühlen und wünschen einen guten Start ins Jahr 2023.

Bitte helft uns dabei, weiter für die gleichberechtigte Teilhabe von Rom:nja und Sinti:ze zu streiten.

Wir freuen uns über eure Spende.

Kontoinhaberin: Rom e.V.

IBAN: DE80 3705 0198 0012 4426 20

*Herzliche Grüße und alles Gute
vom Vorstand und allen Mitarbeiter:innen des Rom e.V.*



Aktion „Respekt“

Ein großes Schild an öffentlichen Gebäuden könnte ein kleines Symbol der Anerkennung sein

2019 folgte die Stadt Frankfurt dem Antrag der 2016 gegründeten Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“, für die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Unterstützung der demokratischen Kultur ein Zeichen gegen jede Form von Rassismus zu setzen. Ein großes Schild mit der Aufschrift „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ wurde am Rathaus aufgehängt. Die AfD reagierte prompt und forderte Peter Feldmann (SPD), damaliger OB der Stadt Frankfurt am Main auf, dieses zu entfernen und eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. Die AfD Fraktion kündigte an, juristische Schritte einzuleiten. Feldmann setzte sich für den Verbleib der Schilder ein. Mit ihm solidarisierten sich innerhalb weniger Stunden Tausende. 30.000 Menschen bestellten Sticker, weitere Schilder und Plakate auf der Website der Initiative. Das Zivilgesellschaftliche Engagement war enorm und der Sachverhalt weckte deutschlandweites Interesse.

Die Leverkusener Initiative LEV ist BUNT solidarisierte sich mit der Frankfurter Aktion, indem sie das Aufhängen von „Respekt-Schildern“ am Rathaus sowie bei diversen Organisationen und Verbänden initiierte. Andere Städte folgten.



Oberbürgermeister Uwe Richrath und Keneth Dietrich, der Sprecher von LEV ist BUNT, präsentieren am 30.11.2020 vor dem Leverkusener Rathaus das Schild, das zum gegenseitigen Respekt auffordert. © Stadt Leverkusen

2021 griff der Rom e.V. die Idee auf und stellte mit Unterstützung des Runden Tisches für Integration, dem Bündnis „Köln Stellt Sich Quer“ und dem Verein EL-DE-Haus den Antrag, am Kölner Rathaus und an anderen öffentlichen Einrichtungen der Stadt Schilder mit der Aufschrift

„Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus“ anzubringen.

Der Antrag wurde von allen demokratischen Parteien im Rat unterstützt. In ihrer Antragsbegründung sprach Brigitta von Bülow, Bürgermeisterin der Stadt und Kulturpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, davon, dass es wichtig sei, deutliche und öffentliche Zeichen der Solidarität zu setzen. Rassismus sei für einige unsichtbar, für andere jedoch täglich erfahrene Diskriminierung.

Bezüglich der ausdrücklichen Nennung des Antiziganismus berief Frau von Bülow sich auf Micha Brumlik. Der Erziehungswissenschaftler, Publizist und ehemalige Leiter des Fritz-Bauer-Instituts Brumlik wies zu Recht darauf hin, dass, wenn von Rassismus und Antisemitismus gesprochen werde, stets der Antiziganismus mit in den Blick genommen werden müsse. Es seien Weltoffenheit und Respekt gefordert, Anerkennung und Wertschätzung. Auf diesen Werten beruhe unser Zusammenleben und mache dieses erst möglich.

Wir, das Aktionsbündnis und der Rom e.V., freuen uns sehr auf die Umsetzung des Beschlusses und hoffen, dass die Oberbürgermeisterin Frau Reker bei der Umsetzung des Beschlusses selbst Hand anlegt!

Elisabeth Klesse

Young Power: Rom:nja und Sinti:ze - WIR in München

*Der Kölner Romno Power Club drei Tage in München
– Freundschaften und Netzwerke für immer.*

Der Romno Power Club des Rom e.V. ist auf Einladung der Hildegard-Lagrenne-Stiftung am 29. Juli um 13 Uhr im München angekommen. Die Jugendlichen und ihre Betreuer haben viele junge Aktivist:innen, die in Romno Power Clubs in ganz Deutschland organisiert sind, kennengelernt.



Romno Power Club Köln im Münchener Rathaus. © Rom e.V./RomBuK

Es folgte ein strammes Programm, welches zur Vernetzung dienen sollte: Treffen mit einem Vertreter des Kulturreferats der Stadt München, Dr. Florian Roth. Alexander Diepold, Geschäftsführer der Hildegard-Lagrenne-Stiftung und Gründer von Madhouse gGmbH, informierte die Kids über die Geschichte von Rom:nja und Sinti:ze in München und dem Rest von Deutschland. Er sprach über die Kontinuitäten seit dem NS bis heute. Besonders spannend für die Kids war die Stadtführung im Münchener Zentrum: Unterwegs auf den Spuren der Geschichte. Für die Jugendlichen bedeutete das viel Zeit, sich untereinander kennenzulernen und sich zu vernetzen und neue (aktivistische) Freundschaften zu schließen.

Am Samstag machten wir uns auf einen schweren Weg: Wir fuhren zur KZ-Gedenkstätte nach Dachau. Für viele der anwesenden Kids war es das erste Mal, dass sie einen Ort der Nazi-Mordmaschinerie besuchten. Trotzdem war es auch ein Tag des politischen und aktivistischen „Über-Sich-Selbst-Hinaus-Wachsens“, denn es sollte nicht „nur“ um den Völkermord gehen, sondern auch um einen der wichtigsten Akte der Bürger:innenrechtsbewegung der Rom:nja und Sinti:ze. Im Programm heißt es dazu:



Nach der Stadtführung am Samstag hatten wir noch einen Moment Zeit. Der Romno Power Club Köln konnte die Münchener Innenstadt genießen. © Rom e.V./RomBuK

„Am Karfreitag 1980, dem 4. April, traten zwölf Sinti, unter ihnen die Überlebenden des Holocaust Jakob Bamberger, Hans Braun, Ranco Brandtner und Franz Wirbel, in der Evangelischen Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau in den Hungerstreik. Zentrale Forderungen waren die Anerkennung des NS-Völkermords an den Sinti und Roma durch die Bundesregierung, die sofortige Beendigung der polizeilichen Sondererfassung von Sinti und Roma sowie die Herausgabe der NS-Akten aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, die im Bayerischen Landeskriminalamt weiterhin verwendet worden waren. Der Protest löste eine breite internationale Solidaritätswelle aus und markierte einen Wendepunkt.“¹

Die Führung wurde von Alexander Diepold und Frau Haselmann geleitet. Die Kids hörten gespannt zu. Ich bin mir sicher, dass die Jugendlichen einiges von dieser geführten Tour durch die KZ Gedenkstätte Dachau gelernt und vermutlich für immer mitgenommen haben.

Am Sonntag, dem letzten Tag unserer Reise, nutzen wir die neu gewonnenen Bekanntschaften und vertieften diese in Workshops. Dabei haben die Romno Power Clubs Zukunftspläne entworfen, die teilweise schon umgesetzt wurden.

Redjep Jashari

¹ Hildegard-Lagrenne-Stiftung: Program Sommertage München: Freitag, den 29. Juli 2022 bis Sonntag, den 31. Juli 2022.

Alternative zur Abschiebung: Programm Bleibeperspektiven

Der Rom e.V. und der Flüchtlingsrat waren bereits im Jahre 2016 zusammen mit dem Runden Tisch für Integration an die Öffentlichkeit getreten, um gegen den unerträglichen Duldungsstatus, in dem viele Geflüchtete teilweise seit Jahrzehnten lebten, zu protestieren. Den Geflüchteten, die sich um Integration bemühen, sollten Bleiberechte gegeben werden.

Im Mai 2021 beschloss der Rat der Stadt Köln, das im Oktober 2018 gestartete Bleiberechtsprojekt für langjährig geduldete Menschen in Köln fortzuführen – fortan als dauerhaftes Programm unter dem Titel „Bleibeperspektiven in Köln“. Das Projekt wurde mit 1100 Personen aufgenommen, die in sog. „Kettenduldungen“ lebten. Sehr viele der Menschen stammten aus dem ehemaligen Jugoslawien und identifizierten sich selbst als Rom:nja.

Das Programm hat zum Ziel, die Integration von Menschen mit längerem Duldungsaufenthalt zu fördern. Anlässlich des einjährigen Bestehens des Programms und seiner Ausweitung informierte die Stadt gemeinsam mit geladenen Vertretern der freien Träger, die das Bleiberechtsprogramm entscheidend mitgestaltet haben, während einer Pressekonferenz, über die Ergebnisse und die geplante weitere Entwicklung: Die Stadtverwaltung wurde durch Stadtdirektorin Andrea Blome und Ulrike Willms, Leiterin des Ausländeramtes vertreten. Für die freien Träger waren Claus-Ulrich Prölß vom Kölner Flüchtlingsrat und Ossi Helling vom Verein Rom e.V. geladen. Sie erklärten stellvertretend für die insgesamt fünf beteiligten und maßgeblich mitgestaltenden Organisationen (agisra, Rom e.V., Caritasverband, Diakonisches Werk und Kölner Flüchtlingsrat) die Ziele und Erfolge des Bleiberechtsprojektes.

Helling stellte eindringlich die Wahrnehmung der Geflüchteten dar. Duldung bedeutet „Du darfst nicht hier sein! Du gehörst hier nicht hin! Alle drei Monate bist du von der Ausweisung bedroht.“

Duldung ist KEIN Aufenthaltstatus. Duldung bedeutet, dass die Abschiebung ausgesetzt ist. Es ist Stückpapier, das so ähnlich aussieht wie ein Kinderausweis. Es trägt den Titel „Aussetzung der Abschiebung (Duldung)“. Auf diesem steht, dass die deutschen Behörden von einer Abschiebung maximal für sechs Monate absehen. Das Datum ist konkret festgehalten. Duldung bedeutet für viele Menschen ein Leben in Angst. Betroffene berichten, dass sie teilweise alle sechs Monate angezogen, auf Koffern schlafend, darauf hoffen, den rettenden Brief zu erhalten: Abschiebung ausgesetzt.

Helling erklärte weiter, die traumatisierenden Umstände dieser Lebensrealität. Geflüchtete, die mit diesem Duldungsstatus seit fünf, acht, zehn, zwölf, fünfzehn und mehr Jahren in Köln lebten, befänden sich in einem Dauerzustand zwischen Angst und Resignation. Dabei sei den Menschen die extremen Diskriminierungen z.B. auf dem Arbeitsmarkt (wenn sie Zugang zu diesem haben), auf dem Wohnungsmarkt und auch durch die Ausländerbehörden bewusst. Sie erlebten dies jeden Tag. Für Menschen in Duldung sei es kaum möglich, sich zu wehren oder auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Sie lebten kein Leben wie alle anderen Menschen, denn sie lebten mitten in Deutschland in Angst, eine falsche Entscheidung könne die nächste Aussetzung der Abschiebung unerreichbar werden lassen.

Gerade in der derzeitigen Situation, in der europäische Kriegsgeflüchtete zu Recht verhältnismäßig unbürokratisch Aufenthaltsrechte erhalten, sobald sie registriert sind, ist der das Leben in Duldung, welches viele andere Geflüchtete führen müssen, schwer nachvollziehbar. Durch den Krieg mitten in Europa traten für Menschen aus der Ukraine im März 2022 Richtlinie 2001/55/EG und §24 AufenthG in Kraft: Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz nach EU Massenzustrom-Richtlinie. Das ist gut so und sollte das Standardverfahren darstellen. Offensichtlich ist es aber daran geknüpft, wo der Krieg genau stattfindet: Geflüchtete aus allen anderen Staaten, teilweise aus Staaten, die es nicht mehr gibt, weil sie durch Kriege zerstört wurden oder weil die Staaten zu weit weg sind, oder weil der Krieg bereits zu lange andauert, oder vielleicht weil es Menschen sind, die als zu alteritär wahrgenommen werden, sind Geflüchtete zweiter Klasse. Sie haben nur wenige Chancen darauf, dass Ihnen ein Recht auf ein Leben in Frieden zugesprochen wird.

Endlich ein Kölner Modell, auf das man stolz sein kann

Das Programm Bleibeperspektiven könnte dies für derzeit 1800 Personen, die im Programm sind, zumindest in Teilen bald ändern. Das Programm ist insofern ein Fortschritt, als dass es bürokratische Hürden abbaut und Transparenz schaffen soll. Darüber hinaus ist ein Kern des Programms die engmaschige Begleitung durch die Beratungsstellen, die in der Unübersichtlichkeit der deutschen Bürokratie wegweisend und in Zeugenschaft auftritt, wenn es z.B. darum geht, Beweise für unerfüllte Bemühungen zu sammeln.



Abb.1 : Duldung © CC BY-SA 3.0, Wikimedia, Opihuck.

Die Aufnahme in das Bleiberechtsprojekt ist bewusst offen gehalten und richtet sich vor allem an Personen, die bereits lange in Deutschland leben. Dennoch ist das Programm bei weitem für nicht alle Menschen, die in prekären Aufenthaltssituationen leben müssen, erreichbar. Aufnahmeberechtigt ist 1) wer (nachweislich) acht Jahre oder länger in Deutschland lebt; 2) wer (minderjährige) Kinder hat, die bereits über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen; 3) wer aus dem Irak oder Afghanistan stammt, aber bisher weder über Asylrecht noch über eine Aufenthaltserlaubnis verfügt; oder 4) wenn andere besondere und sehr wichtige Gründe für einen Aufenthaltsrecht sprechen. Besonders der letztgenannte Punkt ist ein Meilenstein, den die freien Träger zunächst gegen den Widerstand, später mit dem Zuspruch der Verwaltung durchsetzen konnten. Punkt vier lässt eine Einzelfallprüfung zu. Es handelt sich um eine unbürokratische Möglichkeit, andere aufenthaltsrechtlich begründete Gründe zu benennen, welche die Person in das Programm Bleibeperspektiven aufnehmen lassen.

Ist ein Mensch erst in das Programm aufgenommen, werden sog. Integrationsvereinbarungen getroffen. Sie bilden eine Grundlage zum erfolgreichen Absolvieren des Programms und werden in Kooperation zwischen den Menschen, die in das Projekt aufgenommen werden, den Beratungsstellen und dem Ausländeramt abgestimmt. Innerhalb der gemeinsam getroffenen Vereinbarungen wird gleichermaßen eruiert, welche Gründe bisher gegen eine Erteilung des Aufenthaltsrechts sprachen. Darunter fallen auch Nachfragen, warum bisher z.B. §25 AufenthaltsgG nicht zum Erfolg führte.

§ 25 Aufenthaltsgesetz

Aufenthalt aus humanitären Gründen

(1) ¹Einem Ausländer ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn er als Asylberechtigter anerkannt ist. ²Dies gilt nicht, wenn der Ausländer auf Grund eines besonders schwerwiegenden Ausweisungsinteresses nach § 54 Absatz 1 ausgewiesen worden ist. ³Bis zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gilt der Aufenthalt als erlaubt.

(2) ¹Einem Ausländer ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Flüchtlingseigenschaft im Sinne des § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes oder subsidiären Schutz im Sinne des § 4 Absatz 1 des Asylgesetzes zuerkannt hat. ²Absatz 1 Satz 2 bis 3 gilt entsprechend.

(3) ¹Einem Ausländer soll eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 5 oder 7 vorliegt. ²Die Aufenthaltserlaubnis wird nicht erteilt, wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist oder der Ausländer wiederholt oder gröblich gegen entsprechende Mitwirkungspflichten verstößt. ³Sie wird ferner nicht erteilt, wenn schwerwiegende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer

1. ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne der internationalen Vertragswerke begangen hat, die ausgearbeitet worden sind, um Bestimmungen bezüglich dieser Verbrechen festzulegen
2. eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen hat,
3. sich Handlungen zuschulden kommen ließ, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen, wie sie in der Präambel und den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen verankert sind, zuwiderlaufen, oder
4. eine Gefahr für die Allgemeinheit oder eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

(4) ¹Einem nicht vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer kann für einen vorübergehenden Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, solange dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen seine vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern. ²Eine Aufenthaltserlaubnis kann abweichend von § 8 Abs. 1 und 2 verlängert werden, wenn auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalls das Verlassen des Bundesgebiets für den Ausländer eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde. ³Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt nicht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit; sie kann nach § 4a Absatz 1 erlaubt werden.

(4a) ¹Einem Ausländer, der Opfer einer Straftat nach den §§ 232 bis 233a des Strafgesetzbuches wurde, soll, auch wenn er vollziehbar ausreisepflichtig ist, für einen Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. ²Die Aufenthaltserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn

1. seine Anwesenheit im Bundesgebiet für ein Strafverfahren wegen dieser Straftat von der Staatsanwaltschaft oder dem Strafgericht für sachgerecht erachtet wird, weil ohne seine Angaben die Erforschung des Sachverhalts erschwert wäre,
2. er jede Verbindung zu den Personen, die beschuldigt werden, die Straftat begangen zu haben, abgebrochen hat und
3. er seine Bereitschaft erklärt hat, in dem Strafverfahren wegen der Straftat als Zeuge auszusagen.

³Nach Beendigung des Strafverfahrens soll die Aufenthaltserlaubnis verlängert werden, wenn humanitäre oder persönliche Gründe oder öffentliche Interessen die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet erfordern. ⁴Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt nicht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit; sie kann nach § 4a Absatz 1 erlaubt werden.

(4b) ¹Einem Ausländer, der Opfer einer Straftat nach § 10 Absatz 1 oder § 11 Absatz 1 Nummer 3 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder nach § 15a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes wurde, kann, auch wenn er vollziehbar ausreisepflichtig ist, für einen vorübergehenden Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. ²Die Aufenthaltserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn

1. die vorübergehende Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet für ein Strafverfahren wegen dieser Straftat von der Staatsanwaltschaft oder dem Strafgericht für sachgerecht erachtet wird, weil ohne seine Angaben die Erforschung des Sachverhalts erschwert wäre, und
2. der Ausländer seine Bereitschaft erklärt hat, in dem Strafverfahren wegen der Straftat als Zeuge auszusagen.

³Die Aufenthaltserlaubnis kann verlängert werden, wenn dem Ausländer von Seiten des Arbeitgebers die zustehende Vergütung noch nicht vollständig geleistet wurde und es für den Ausländer eine besondere Härte darstellen würde, seinen Vergütungsanspruch aus dem Ausland zu verfolgen. ⁴Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt nicht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit; sie kann nach § 4a Absatz 1 erlaubt werden.

(5) ¹Einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn seine Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. ²Die Aufenthaltserlaubnis soll erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist. ³Eine Aufenthaltserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn der Ausländer unverschuldet an der Ausreise gehindert ist. ⁴Ein Verschulden des Ausländers liegt insbesondere vor, wenn er falsche Angaben macht oder über seine Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt.

Quelle: <https://dejure.org/gesetze/AufenthG/25.html>

Es wird gemeinsam geprüft, wie die Situation grundsätzlich verbessert werden kann, um die Perspektive zu sichern. Darunter fällt die Prüfung, ob z.B. Sprachkurse absolviert werden sollten oder (Aus-)Bildungswege beschritten werden könnten und ob es möglich ist, einen Beruf zu ergreifen. Auch hier werden eventuell bestehende Hindernisgründe erarbeitet und z.B. bürokratische Maßnahmen getroffen, um z.B. eine Arbeitserlaubnis zu erzielen. Ziel ist es grundsätzlich, die Lebenssituation umfassend zu verbessern. Zum Gelingen des Programms ist das Vertrauensverhältnis, welches gegenüber den Beratungsstellen besteht, ein entscheidender Faktor. Anders als das Ausländeramt, sind die freien Träger v.a. gegenüber Dritten, d.h. auch gegenüber Behörden, zur Verschwiegenheit verpflichtet. So können Klient:innen auch andere Hindernisgründe offenlegen, wie etwa gesundheitliche Probleme oder die Pflege von Angehörigen. Der erschreckendste Hinderungsgrund, den die meisten Menschen, die mit dem Privileg leben, eine verbriefte Identität zu haben, kaum nachvollziehen können, ist das Fehlen von Ausweispapieren. Diese Papiere liegen z.B. nicht vor, wenn eine Geburt niemals registriert wurde, oder ein Land in Vertretung durch das Konsulat, die Ausstellung der Papiere verweigert. Dies passiert z.B. seit der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan oder wenn es das Land, in dem eine Person geboren wurde, nicht mehr gibt. In diesen Fällen ist es nahezu unmöglich, entsprechende Papiere zu erhalten. Weiterhin gilt, dass die Menschen im Programm Bleibeperspektiven selbst aktiv sein müssen. Die Beratungsstellen beraten und begleiten – sie treten aber auch als Zeug:innen auf, wenn es sein muss.

Vor der Einführung des Programm Bleibeperspektiven war das anders. Die Beratungsstellen waren nicht engmaschig eingebunden: Die Ausländerbehörden überließen die Menschen mit unklaren Formulierungen sich selbst. Die ersten Hoffnungen entpuppten sich schnell als frustrierend, weil grundlegendes Wissen über die Systeme in Deutschland nicht bestehen kann.

Es gibt auch Fälle in denen die Zeug:innenschaft tatsächlich notwendig ist. So sind z.B. Fälle dokumentiert, in denen Ausweispapiere nicht beschafft werden konnten, obwohl die Menschen diese dringend brauchten. Die Geflüchteten, hier sind seitens des Rom e.V. vor allem Fälle von Rom:nja bekannt, wurden teilweise mehrfach bei den zuständigen Konsulaten vorstellig. Entweder wurden ihre Fälle nicht bearbeitet, oder die Personen abgewiesen. Einen Pass konnten die Menschen somit nicht vorlegen. Früher erkannte das Ausländeramt die Bemühungen den Pass zu beschaffen, nicht an. Ausschließlich der Erfolg wurde honoriert. Es entstand für viele Menschen über Jahre ein Teufelskreis. Die Beratungs-

stellen können heute als Zeugen auftreten und dem Ausländeramt z.B. mitteilen, wie sie selbst ratlos sind, warum die Pässe nicht ausgestellt werden. Es klingt absurd, kommt aber im Arbeitsalltag der Beratungsstellen tatsächlich und nicht unbedingt selten vor.

Das Programm Bleibeperspektiven und seine Ziele

Ziel ist es immer, wie bereits zuvor betont, dass die Menschen im Programm Bleibeperspektiven ihre Lebenssituation verbessern. Dabei sind selbstverständlich Kriterien angelegt, die erfüllt werden sollten – neu ist aber, dass die Kriterien nicht alle starr sind, sondern individuell in den sog. Integrationsvereinbarungen festgehalten sind. Selbstverständlich gibt es dabei einige Kernpunkte, die erfüllt werden müssen. Darunter fallen die Identifikationspapiere, Sprachkenntnisse, Arbeitsstellen und/oder Schulbesuche. Weniger starre Kriterien sind z.B. ehrenamtliches Engagement, besonderes Engagement im Programm Bleibeperspektiven oder freiwillige Teilnahme an sog. Integrationskursen.

Das Programm hat Erfolg. Das beweist die Geschichte von Johann (Name von der Redaktion verändert) Johann ist Rom. Er wurde im Jahr 2000 in Köln geboren. Dennoch hatte er keinen Pass, weil dieser im Herkunftsland seiner Eltern nicht ausgestellt wurde. Johann lebte seit seiner Geburt sehr beengt: Er und seine Familie, das heißt er, seine Eltern und Geschwister, lebten auf wenigen Quadratmetern ausschließlich in Wohnheimen. Manchmal mussten sie umziehen – von einem Wohnheim in ein anderes. In fast jedem der Wohnheime mussten sie sich Räume wie Küche und Bad zusätzlich mit vielen anderen Familien teilen. Es war ständig laut. An Schlaf war manchmal nicht zu denken und einen Platz, an dem der Junge ungestört seine Hausaufgaben machen konnte, gab es auch nicht. Er hatte nicht die Kindheit, die andere als „normal“ bezeichnen würden. Er war häufig übermüdet und stand unter ständigem Stress. Er hatte – wie viele in seiner Situation – keinen Schulabschluss. Als Jugendlicher wurde er einige Male straffällig – „Kleinkriminalität“. In Johanns Fall sind es eigentlich Bagatelldelikte, für die Menschen in anderen Situationen vielleicht anders behandelt worden wären – z.B. kleine Ladendiebstähle und er löste in der KVB wiederholt keinen Fahrschein. Andere wären vielleicht, das ist Spekulation, verwart worden. Johann wurde verurteilt.

Als das Bleibeperspektivenprogramm 2018 startete, wurde er aufgenommen und sozialarbeiterisch begleitet. Bis dahin lebte er 18 Jahre lang im Duldungsstatus. Erlebte immer noch im Wohnheim. Das Leben in einer „normalen“ Wohnung kannte er nicht. Johann fiel schnell als kluger junger Mann auf. Seine Chancen erkannte er schnell und arbeitete konstruktiv an der

Umsetzung seiner Träume. Er konnte seine Situation verbessern: Johann meldete sich an der Tages- und Abendschule (TAS) an, 2020 erreichte er seinen Fachoberschulabschluss (Mittlerer Schulabschluss). 2021 konnte er seinen Ausbildungsvertrag unterzeichnen und befindet sich nun mitten in der Lehre zum Einzelhandelskaufmann.

Chancen dürfen keine Geschenke bleiben

Das Programm Bleibeperspektiven funktioniert. Es trägt dazu bei, dass das Potential vieler Menschen, die seit vielen Jahren von Abschiebung bedroht sind, Anerkennung findet. 2018 erhielt Johann das erste Mal eine Perspektive auf eine Zukunft in Deutschland. Wer wurde seit seiner Aufnahme in das Bleiberechtsprojekt nicht mehr straffällig. Heute hat er das Bleiberecht. 2024 wird seine Ausbildung enden. Er war, um es auf den Punkt zu formulieren, von der gesellschaftlichen Teilhabe de facto ausgeschlossen oder zumindest an ihren Rand verdrängt. Das Versprechen, dass er sein Leben selbst gestalten könne, war eher eine inhaltslos, fast zynische Bemerkung, weil ihm seit dem Beginn seines Lebens unverschuldet weniger Optionen zur Verfügung standen, als Menschen, die mit Privilegien wie z.B. dem Aufenthaltsrecht in ihrem Geburtsland, ausgestattet sind. Er konnte nichts dafür, dass seine Familie keine eigene Wohnung hatte oder dass den Eltern der Zugang zum Arbeitsmarkt viele Jahre lang erschwert wurde. Es ist eben nicht so einfach, wenn die Lebensrealität so wie die von Johann ist, wenn man grundlegende Rechte nicht hat, vielleicht behördlich gesehen, nicht existiert. Heute ist Johann ein Leistungsträger für jeden in Deutschland lebenden Menschen – er arbeitet hart und leistet seinen Beitrag. Was vielleicht aber noch wichtiger ist: Er ist ein Beispiel dafür, dass nicht die Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, etwas falsch machen, sondern diejenigen, die die Menschen in dem wiederkehrenden Nimbus der Unsicherheiten gefangen halten. Johann ist ein Vorbild. Seine Geschichte ist eine von bislang 446 Erfolgsgeschichten.

Das Programm hat seit 2018 unter den ca. 5500 Geduldeten (zum Vergleich: das Dorf Sechtem zwischen Köln und Bonn hat 5241 Einwohner:innen) zu 446 Aufenthaltstiteln geführt. Die Prozesse dauern lange: Schulabschlüsse, Ausbildungsabschlüsse, Sprachkurse – es können gut fünf oder mehr Jahre vergehen, bis das Programm Erfolg hat. Demgegenüber stehen Menschen, die teilweise über Dekaden verinnerlicht haben, dass sie ungewollt sind. Es ist ein anstrengender und langwieriger Prozess. Weitere hunderte, wenn nicht gar tausende Personen, müssen dringend in das Programm aufgenommen werden. Aktuell sind 1815 Menschen im Programm, von ihnen haben 2022 Jahr bereits 135 ihr Bleiberecht bekommen haben.

Der Weg zum Bleiberecht ist für diejenigen, die Jahrzehnte in Duldung leben mussten, extrem mühsam. Am Bleiberecht hängt für die Menschen in Langzeitduldung viel: Hat man das Bleiberecht, werden einige Dinge im Leben leichter: Es ist leichter, Arbeit zu finden, es ist leichter, eine Wohnung zu finden, damit der jahrelange zermürende Aufenthalt in Heimen beendet werden kann. Es ist für jüngere Menschen leichter, sich auf Schulerfolge zu konzentrieren, wenn man weiß, dass man in Deutschland sicher bleiben kann. Selbstverständlich bedeutet das nicht, dass es weniger kompliziert wird: Diskriminierungserfahrungen, die nichts mit dem Aufenthaltsstatus zu tun haben, bleiben. Das Kölner Programm ist inzwischen ein Modell, das in einzelnen Städten und seitens der letzten NRW Landesregierung bereits in ähnlicher

Form ausprobiert und umgesetzt wurde und wird.

In Köln läuft es wegen der Bemühungen und dem Einsatz der freien Träger verhältnismäßig gut. Aber gut ist immernoch nicht gut genug! Für den Rom e.V. heißt das: So lange, bis die spezifischen Bedrohungssituationen für Rom:nja nicht einen unbedingte Anerkennung der besonderen Schutzwürdigkeit von Rom:nja nach sich zieht, werden wir weiterhin kämpfen. Seite an Seite - Rom:nja und der Rom e.V. - denn jede:r von Abschiebung bedrohte:r Rom:nja ist ein:e zu viel. Deutschland und entsprechend auch Köln haben eine historisch bedingte Verantwortung, derer man sich stellen muss.

Ossi Helling u. Vera Tönsfeldt

Mai 1940 – 1000 Roma und Sinti

**Ein Vertreter der Roma und ein Vertreter der Sinti-
Seite an Seite beim Gedenken an die Deportation von Sinti:ze und Rom:nja.**

Am 16. Mai 2022 fand an der Mahntafel bei der Messehalle am Bahnhof Köln-Deutz eine Gedenkfeier statt. Auf diesem Messingschild sind Informationen über die dort stattgefundene Zwangsarbeit festgehalten. Die Gedenktafel am Bahnaufgang zu den Gleisen 11/12 erinnert an den Transport von 1000 Kölner Sinti:ze und Rom:nja in das deutsch besetzte Polen am 21. Mai 1940.

Die Gedenkfeier wurde in Kooperation zwischen dem Rom e.V., dem Runden Tisch für Integration e.V. und dem Verein EL-DE-Haus e.V. organisiert. Anlass für diese kurze, aber in vielerlei Hinsicht sehr wichtige Zusammenkunft war die Erinnerung an die Deportation der Kölner Sinti:ze und Rom:nja, die zwischen dem 16. und 21. Mai 1940 stattfand. Damals trieb die Kölner Polizei mit Gewalt etwa 1.000 Sinti:ze und Rom:nja aus den Wohnungen und von den Lagerplätzen zusammen. Sie wurden alle in einer Halle am Messegelände versammelt, bevor sie in das deutsch besetzte Polen deportiert wurden. In diesen wenigen Tagen wurden Sinti:ze und Rom:nja von Ärzten und Krankenschwestern kontrolliert und kategorisiert. Ähnliche Aktionen fanden im Mai 1940 in vielen Städten Deutschlands statt. In Köln war es die erste große Aktion dieser Art. Sie war rassistisch und systematisch durch die Polizei organisiert und fand unter den Augen und mit Zustimmung der Kölner Öffentlichkeit statt.

Es ist bezeichnend, dass diese brutale rassistische Aktion damals von fast allen städtischen Behörden sowie von der Be-

völkerung unterstützt wurde. Am 21. Mai 1940 transportierte die Deutsche Bahn die gesammelten Sinti:ze und Rom:nja von der Bahnhof Deutz direkt in das deutsch besetzte Polen. Es war die gleiche Route, über die auch die Juden und Jüdinnen transportiert wurden. Dort angekommen mussten die Menschen Zwangsarbeit leisten und in Ghettos leben. Viele wurden später in die Konzentrations- und Vernichtungslager gebracht. Wie viele der am 21. Mai aus Köln deportierten Sinti:ze und Rom:nja die Schrecken des Konzentrationslagers Auschwitz überlebt haben, ist schwer zu sagen. Noch schwerer ist es zu sagen, wie viele Rom:nja und Sinti:ze den Holocaust insgesamt überlebt haben, denn viele Menschen blieben nach der Befreiung von den Nazis verschollen. Doch von denen, denen die Befreiung wurden oder denen, denen sogar die Flucht gelang, kehrten einige nach dem Krieg nach Köln zurück.

Erinnern als Zeichen und Notwendigkeit

An diesem Gedenktag 2022 waren neben den Vertreter des Rom e.V., Ruždija Sejdović, auch der Vorsitzender der Vereinigung der Sinti und Roma für Mensch und Rechte Köln e.V. in Köln, Tino Schneeberger, anwesend. Erstmals standen ein Sinto und ein Rom Seite an Seite am dem Ort, an dem 82 Jahre zuvor tausend unschuldige Sinti:ze und Rom:nja in den Tod deportiert wurden. Deshalb kann man sagen, dass die diesjährige Begehung dieses Kölner Gedenktags in gewisser Weise ein Wendepunkt ist. Seite an Seite, Sinti:ze und

Rom:nja vereint, können wir der Tradition des Gedenkens an die im Nationalsozialismus Ermordeten mehr Aufmerksamkeit und Respekt zollen. Die größere Sichtbarkeit ist notwendig. Der Porajmos und der Samudaripen verdienen der Eingliederung in der pädagogischen Edukation, z.B. durch die Aufnahme der Themen in Schulprogramme. Dieser Gedenktag jedenfalls verdient mehr Präsenz.



v.l. Ruždija Sejdović, Ralf Heinen und Tino Schneeberger © Rom e.V./RomBuK

Dem musste sich auch der anwesenden Vertreter der Stadtpolitik stellen. Zur Gedenkveranstaltung kam Bürgermeister Ralf Heinen (SPD). Er war stellvertretend für die Oberbürgermeisterin Henriette Reker anwesend. In seiner Rede setzte er sich für die Idee der Mehrsichtbarkeit von Sinti:ze und Rom:nja im Alltag ein. Ein zentraler Punkt sei dabei die Wissensverbreitung über die Geschichte und Geschehnisse im nationalsozialistischen Köln. Das, was im Mai 1940 mit den Kölner Sinti:ze und Rom:nja passiert war, müsse an Bekanntheit gewinnen. Ziel sei es, dass Rassismus und Antiziganismus gegen Rom:nja und Sinti:ze nie wieder vorkommen dürfen.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen vom Kölner Runden Tisch für Integration hielt eine leidenschaftliche und inspirierende Rede. Er wies auf die Notwendigkeit hin, sich ständig an die Schrecken der NS-Zeit zu erinnern. Er erwähnte auch die derzeitige politische und bürokratische Blockade gegen

geflüchtete Rom:nja, die durch den Ausdruck „sicheres Herkunftsland“ an Dynamik gewinnt.



Wolfgang Uellenberg-van Dawen © Rom e.V./RomBuK

Begleitet wurde dieser Gedenktag von den Musikern Miki Jankovic und seinem Sohn Kristian, die auch die Roma-Hymne spielten.



Familie Jankovic begleitete die Gedenkveranstaltung musikalisch.
© Rom e.V./RomBuK

Der Vorstand des Rom e.V. ist stolz darauf, dass der Verein durch das Projekt RomBuK mit der App und Handreichung SpuRom:nja einen Teil dazu beitragen kann, die Deportationen aus Köln, für Lehrer:innen und Schüler:innen aufgearbeitet zu haben. Damit kommt der Verein der Forderung nach, niedrigschwellige Angebote für Lehrer:innen und Schüler:innen zu gestalten. Ziel ist es, die von Bürgermeister Ralf Heinen (SPD) geforderte Mehrsichtbarkeit zu schaffen und gleichzeitig auf rassistische Kontinuitäten nach 1945 hinzuweisen, die sich noch heute forttragen. Wolfgang Uellenberg-van Dawen benennt eine der vielen der Kontinuitäten durch die Zuschreibung von „sicheren Herkunftsstaaten“.

Ruždija Sejdović

Zehn starke Zeitzeug:innen berichten von ihren Familiengeschichten: Premiere des Films „Djelem, Djelem, Rom:nja und Sinti:zze im langen Schatten des 20. Jahrhunderts“

Nach zwei Jahren Projektarbeit in Kooperation mit Romane Romnja war es am Samstag den 19.11.2022 endlich soweit und die lang herbeigesehnte Premiere des Films „Djelem Djelem, Rom:nja und Sinti:zze im langen Schatten des 20. Jahrhunderts“ fand im Kölner Kino Turistarama statt. Über 100 Gäste begleiteten uns durch den Abend.

Der Film ist ein biographisch-historisches Zeitdokument und handelt von zehn Rom:nja und Sinti:zze die von ihrem Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus erzählen. Einige erzählen von der Zeit die ihre Großeltern, Eltern, Onkel und Tanten in den Konzentrationslagern verbringen mussten und welche Auswirkungen das auf die Überlebenden hatte, aber auch auf sie selbst als Angehörige. Wiederum andere berichten von Angehörigen, die aktiv im Widerstand gegen die Nationalsozialisten gekämpft haben.

Darüber hinaus berichteten viele der Zeitzeug:innen nicht nur von den antiziganistischen Angriffen gegenüber ihren Familienmitgliedern, sondern auch von ihren eigenen Diskriminierungserfahrungen in der heutigen Zeit und beleuchten damit die noch stets gegenwärtige Ausgrenzung die sich gegen die Community richtet. Diese Erfahrungen motivierten viele von Ihnen selbst politisch aktiv zu werden.

Die Zeitzeug:innen verleihen allen Rom:nja und Sinti:zze eine Stimme, die selbst nie die Chance erhielten, ihre Geschichte zu teilen und geben intime Einblicke in die persönlichen Auswirkungen des Antiziganismus.

Nach diversen Redebeiträgen der Projektbeteiligten und der Aufführung des Films endete die Premiere mit einer spannenden Podiumsdiskussion, in der die Zeitzeug:innen über ihre Motivation sprachen beim Projekt mitzumachen und das Publikum die Möglichkeit hatte Fragen direkt an die Zeitzeug:innen zu stellen.

Hier und da floss die eine oder andere Träne; vor Stolz, Trauer und Mitgefühl. Nichtsdestotrotz wurde genau so viel gelacht und es fiel Unmengen an Applaus. Die Premiere war eine emotionale Achterbahnfahrt für alle Anwesenden, die sich allerdings mehr als gelohnt hat.



Die Zeitzeug:innen bei der anschließenden Fragerunde. © Rom e.V./RomBuK



Ein Teil der Projektgruppe vor der Villa ten Hompel in Münster. © Rom e.V./RomBuK

Was haben wir gemacht?

Die letzten zwei Jahre im Projekt „Gegen das Vergessen und Verdrängen - Gespräche mit Rom:nja und Sinti:zze aus der 2. und 3. Generation“, gefördert vom Land NRW (MKJFGFI) und der Stadt Köln (KI), waren eine intensive Zeit, in denen wir eng als Kooperationspartner, aber insbesondere mit den Zeitzeug:innen zusammengearbeitet haben. Unsere Arbeit bestand primär aus der Suche der Zeitzeug:innen aber auch aus der Vorbereitung, Durchführung, der Transkription und

der Übersetzung der aufgenommen Interviews und aus dem Auswählen der Sequenzen welche schlussendlich in den Film kamen.

Zwar sind von den vielen Stunden Videomaterial nur ein Bruchteil in den Film eingeflossen, jedoch besteht die Möglichkeit über das Archiv, Zugang zu den vollständigen Interviews sowie zu dem Film zu erhalten.

Unsere Zeitzeug:innen hätten unterschiedlicher nicht sein können, doch sie alle verbindet ihre starke Persönlichkeit und ihr Aktivismus. Für manche war es das erste Mal, dass sie ihre Geschichte öffentlich erzählt haben, andere hatten darin bereits Erfahrung. Nichtsdestotrotz haben sie uns in der Projektgruppe und letztlich das gesamte Publikum am Abend der Premiere stark beeindruckt.

Auch für mich war eine derartige Arbeit Neuland, aber ich konnte unglaublich viel lernen: geschichtlich, gesellschaftlich und politisch. Von konkreten Jahreszahlen über den Ablauf der systematischen Verfolgung bis hin zu den Auswirkungen die all dies auf die Community bis heute hat.

Doch das Ende der Projektarbeit bedeutet noch lange nicht das Ende des Films und ich hoffe sehr, dass er viele Male in Schulen, Workshops, Universitäten oder auch einfach privat Zuhause gesehen wird, und sein Publikum zum Nachdenken anregt.

FILMBESCHREIBUNG:

„Djelem, djelem. Rom:nja und Sinti:ze im langen Schatten des 20. Jahrhunderts“

Djelem Djelem thaj kaj reslem. Ich ging, ich ging und wo bin ich angekommen? Eine Zeile aus dem Lied „Djelem, djelem“, der internationalen Hymne von Rom:nja. Sie steht für den langen und beschwerlichen Weg, den die größte Minderheit Europas gehen musste und immer noch gehen muss. Der Film ist ein biographisch-historisches Zeitdokument: Zehn Sinti:ze und Rom:nja sprechen über sich und ihre Familiengeschichte vor dem Hintergrund der jüngsten deutschen und europäischen Geschichte: Sie gewähren sehr persönliche Einblicke in ihre Leben, die von Rassismus und Ausgrenzung, von den Erfahrungen im Nationalsozialismus, von Flucht, Ausbeutung und Gewalt geprägt waren und sind. Darauf lassen sie sich aber keinesfalls reduzieren. Sie sind allesamt starke Persönlichkeiten, die auf sehr unterschiedliche Arten Widerstand leisten und sich zur Wehr setzen.

Anfragen zum Film an: rombuk@romev.de

José Xhemajli

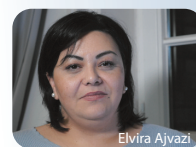
Filmpremiere mit Rahmenprogramm 19. November 2022 Djelem Djelem

Rom:nja und Sinti:ze im langen Schatten des 20. Jahrhunderts

Auszüge aus Interviews mit:



Marmure M.



Elvira Ajvazi



Ramona Sendlinger



Rifet Sejdic



Jovan Nikolic



Milan Lakatus



Fadila Sejdic



Ramiza Sakip



Verena Lehmann



S.XHE

Filmflyer

Rede zur Filmpremiere „Djelem, djelem. Rom:nja und Sinti:ze im langen Schatten des 20. Jahrhunderts“

Meine Schulzeit ist noch nicht lange her und ich erinnere mich wie wir über die Zeit des Nationalsozialismus sprachen. Gräueltaten an Jüd:innen, Behinderten und Homosexuellen hieß es.

Und ach ja, Rom:nja und Sinti:ze. Immer nur im Nebensatz erwähnt. Kein Referat, kein Film und keine Stunde waren wir wert.

Einzig und allein Anerkennung habe ich mir gewünscht. Anerkennung für wer wir sind, für was mit uns geschah und für die Fehler die Deutschland noch lange nach dem Ende des Nationalsozialismus beging.

Man solle die Vergangenheit ruhen lassen, sagen viele. Denn unsere Häuser liegen ja nicht mehr in Schutt und Asche, unsere Türen stehen allen offen und wir leben in einem reichen Deutschland, welches uns wohlwollend seine Hände reicht.

Die Würde des Menschen ist unantastbar, aber wem gebührt diese Würde?

Die aufgebauten Häuser können nicht mehr betreten werden, denn die Schlösser wurden ausgetauscht. Es wurden Türen eingesetzt, die einen nur bei bestimmter Form, Farbe, und Herkunft hineinlassen. Oder in unserem Falle, eben auch nicht.

Ein reiches Deutschland, das bei Rüstungsexporten endlose Ressourcen aufweist und bei Pharmazeutika tief in die Tasche greift. Ein reiches Deutschland, das bei weißen Geflüchteten den Stift zückt und ohne Widerrede unterschreibt.

Oder sind wir vielleicht ein armes Deutschland?

Ein armes Deutschland, das bei Entschädigungszahlungen ein paar Münzen hinwirft und welchem bei Staatsbürgerschaften und Aufenthaltstiteln der Stift abhanden kommt und das Papier ausgeht.

Wir alle sehen und viele von uns spüren den bundesweiten Rechtsruck, der sich in unseren Wahlen und rassistischen Anschlägen manifestiert. Es scheint als hätte dieses Land seine Geschichte vergessen oder gar nie richtig aus dieser gelernt.

Und genau deshalb ist es von solch großer Bedeutung, dass ihr, liebe Zeitzeug:innen, entschlossen diesem kollektiven Vergessen entgegentretet und dazu beiträgt, dass sich die deutsche Geschichte nicht nur nie wieder wiederholt, sondern wir endlich daraus lernen und auf Worte schließlich Taten folgen.



José Xhemajli während seiner Rede bei der Premiere des Film „Djelem, djelem. Rom:nja und Sinti:ze im langen Schatten des 20. Jahrhunderts.“ © Rom e.V./RomBuK

Ihr bildet diejenigen, die noch nichts von euch wissen und inspiriert die solchen, die bereits zu euch hinaufschauen.

Ihr geht als mutige Beispiele für uns junge Generation der Rom:nja und Sinti:zze voran.

Aber das Wichtigste ist, dass ihr dieses Land daran erinnert, dass egal wie viele Steine es euch auch in den Weg legt, auch eure Würde unantastbar ist.

José Xhemajli

Rede zur Filmpremiere „Djelem, djelem. Rom:nja und Sinti:ze im langen Schatten des 20. Jahrhunderts“

Vielen Dank für die Moderation, Elvira!

Ich freue mich sehr, euch hier und heute begrüßen zu dürfen, denn heute findet unser Film endlich seinen Weg in die Öffentlichkeit. Ich möchte mich ganz herzlich bei Gordana bedanken, die mich eingeladen hatte, an diesem Projekt mitzuwirken. Außerdem danke ich Lisa, die uns mit viel Einsatz als Teamleitung ans Ziel gebracht hat.

Für mich war die Mitarbeit an diesem Filmprojekt besonders spannend, weil meine Großeltern Fadila und Rifet interviewt worden sind. So konnte ich sehr viel Neues über die Geschichte meiner eigenen Familie erfahren. Ein wenig traurig bin ich schon, dass unsere Zusammenarbeit jetzt erstmal anhalten wird. Aber ich bin mir sehr sicher, dass wir uns nicht aus den Augen verlieren werden.

Soviel also zum ersten Teil. Verzeiht, aber ich möchte die Gelegenheit nutzen und versuche, noch 1-2 hohe Worte zu machen. Ich zitiere aus dem Kapitel Elemente des Antisemitismus aus der Dialektik der Aufklärung, das Adorno und Horkheimer im amerikanischen Exil während des 2. Weltkrieges verfassten:

„Für die Faschisten sind die Juden nicht eine Minorität, sondern die Gegenrasse, das negative Prinzip als solches; von ihrer Ausrottung soll das Glück der Welt abhängen. Sie werden vom absolut Bösen als das absolut Böse gebrandmarkt. So sind sie in der Tat das auserwählte Volk.“

In diesem Zitat bezieht man sich auf die Juden, aber für Roma und Sinti ist es gleichermaßen zutreffend. Mit unserer antirassistischen, das heißt auch antifaschistischen Arbeit, wollen wir unter anderem darauf aufmerksam machen, dass auch Roma und Sinti als das absolut Böse gebrandmarkt wurden. Die Attentate in München 2016 und in Hanau 2020 sind gleichermaßen Symptome des Gedankenguts, das nach wie vor in den Köpfen der Rassisten wütet.

Es soll weniger darum gehen, herauszustellen was die Menschen unterscheidet: Aussehen, Religion, Herkunft, Alter, Klasse - handicap oder kein handicap. Wir wollen die Gleichheit, das heißt insbesondere die Gleichwertigkeit, aller Menschen betonen. Diese Spannung der antirassistischen Arbeit,



Maurice Lösbrock während seiner Rede bei der Filmpremiere „Djelem,djelem. Rom:nja und Sinti:ze im langen Schatten des 20. Jahrhunderts.“ © Rom e.V./RomBuK

die Ungleichbehandlung der Menschen sichtbar machen zu wollen, während man sich für die Gleichheit aller Menschen stark macht, lässt sich mit einem Zitat der Band „Ton, Steine, Scherben“ auflösen. Dort heißt es:

„Ich lebe von Licht und ich lebe von Luft/
Ich lebe von Liebe und ich lebe von Brot/
Ich habe zwei Augen und kann alles sehn/
Ich habe zwei Ohren und kann alles
verstehen/
Ich bin über zehntausend Jahre alt und mein Name ist
Mensch.“

Maurice Lösbrock

Romanes-Unterricht als Teil des Romno Power Clubs

„Der Romno Power Club (RPC) steht für Kraft, Selbstbewusstsein und Durchsetzungsfähigkeit für junge Leute mit Roma- und Sinti- Hintergrund. Der Romno Power Club ist ein Ort des Schutzes und der Unterstützung und ein Ort, an dem der Bildungsaufbruch als gemeinsame Sache erlebt wird.“¹ Der Schwerpunkt im Romno Power Club Köln ist der Romanes-Unterricht von und für Angehörige aus den Communities. Denn das Angebot, Romanes zu lernen, ist aus mehreren Gründen wichtig: Sprache ist immer Teil von Identitäten. Um Jugendliche und junge Erwachsene im Prozess der Selbstfindung und der aktiven Stärkung der eigenen Identität zu unterstützen, kann Sprache ein möglicher Zugang sein.

Viele Angehörige aus den Communities haben Romanes nicht gelernt haben und können es daher nicht sprechen und/oder verstehen. Einer der vielfältigen Gründe, warum einige Menschen aus den Communities kein Romanes sprechen/verstehen, geht auf die Angst vor Rassismus und die damit einhergehende Verleugnung der Identität und Sprache zurück. Es ist von enormer Bedeutung für unsere Identität und unsere unterschiedlichen Kulturen und Traditionen, dass wir unsere Muttersprache nicht vergessen und dass das Romanes nicht ausstirbt, es muss weiter leben. Darüber hinaus ist der Romanes-Unterricht wichtig, um eine einheitlichere Basis der Verständigung zu fokussieren, denn Romanes ist eine mündlich tradierte Sprache ohne eine kodifizierte Verschriftlichung. Das bedeutet, dass sich viele Rom:nja und Sinti:ze, die aus unterschiedlichen Herkunftsländern kommen, nicht oder schwer miteinander kommunizieren können: Das jeweilig gesprochene Romanes ist geprägt durch Dialekte der Herkunftsländer und weist häufig Lehnwörter aus den Sprachen der Mehrheitsgesellschaften auf.

Der Sprachkurs ist sehr praktisch, informativ und natürlich auch edukativ angelegt mit unterschiedlichen Modulen zum Erlernen der Sprache, darunter: lesen, hören, schreiben, sprechen, Grammatik, Wortschatz und Übersetzung. Außerdem werden im Kurs auch Märchen und Gedichte von berühmten Roma- Schriftsteller:innen gelesen sowie historische Gedenk- und Feiertage der Communities besprochen.



Einen Blick in den Romanes-Sprachkurs. © Selma Idrizi

Aber der Sprachkurs besteht aus so viel mehr als nur aus den Modulen: Durch den Sprachkurs lernen die Teilnehmenden sich und einen Teil ihrer Identität besser kennen, die eigene Identität wird gestärkt und die Romani Sprache sowie die Kulturen und Geschichte gepflegt. Es entwickeln sich Freundschaften, der Kurs macht Spaß und die Kommunikation zwischen den Kölner Rom:nja auf Romanes verbessert sich. Die Teilnehmenden werden ermutigt, sich aktiv für Bildung und Inklusion in die Gesellschaft einzubringen.

Der Romanes-Sprachkurs findet zweimal in der Woche, montags und donnerstags von 18-20 Uhr im Pavillon des Rom e.V. statt und steht allen interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Communities offen.

Kommt gerne einfach vorbei oder meldet euch bei Orhan Ismaili: orhan.ismaili@romev.de

Orhan Ismaili

¹ Grundsätze der Romno Power Clubs, online unter: Hildegard-Lagrenne-Stiftung, URL: <https://lagrenne-stiftung.de/romno-power-club/> [25.11.2022].

Vorlesetag 2022: „Glitzer für alle!“

Glitzerzaubermoment am Morgen

Es ist ein bisschen kalt draußen, etwas windig. November eben. Das ist fast schon traditionell für diesen besonderen Tag. In der KiTa riecht es nach frischem Brot. Als wir an diesem Morgen um kurz nach 10:00 Uhr unseren Computer aufbauen und das Beamerbild ausrichten, haben wir viele kleine helfende Hände. ES IST VORLESETAG.

„Glitzer für alle!“, so heißt das Buch, welches Sarah ausgesucht hat. Beata und ihre Kolleg:innen in der KiTa schmunzeln: Glitzer – das finden alle hier richtig gut. Gespannt hören die Kinder der Elefantengruppe der Geschichte zu, als Sarah endlich mit dem Vorlesen beginnt. Die Kinder sind ein bisschen irritiert. Was haben die Jungs in diesem Buch für komische Ideen? Glitzer nur für Mädchen? So ein Quatsch!

Die Bilder in dem Buch, groß an die Wand gestrahlt, damit jede:r sie etwas sehen kann, sind schön. „Guck mal! Da ist ein Kind, das hat einen Stuhl mit großen Rädern und andere Kinder haben ganz dunkle Haut.“ Die Protagonist:innen heißen Paul und Tarek, ihre Freundin Tilly. Alle sehen unterschiedlich aus. Sie haben braune, schwarze und blonde Haare – außerdem sind sie alle unterschiedlich mutig. Am Ende der Geschichte sind alle erleichtert: Die Jungs im Buch haben eingesehen, dass Glitzer toll ist. Tilly wusste das von Anfang an und musste den Jungs erst diesen Mut schenken.



Sarah liest vor, später laufen die Kinder zum Bild des Beamers, um die Pixel und Lichtpunkte zu berühren. © Rom e.V.

Sarah schlägt das Buch zu. Die Kinder springen auf und stürmen zum Bild des Beamers, welches noch immer an die Wand geworfen wird. Jetzt entdecken sie noch viel mehr unterschiedliche Kinder in dem Buch: große, kleine, dicke, dünne, welche mit wuscheligen roten Haaren und welche, die nicht laufen können. Alle sind sich einig. Auch für diese Kinder ist Glitzer da. Als Sarah dann noch die Glitzerstifte, die sie als Geschenk mitgebracht hat, auspackt, strahlen die Kinder: Noch mehr Glitzer! RICHTIG GUT!

Sarah erzählt später, dass sie den Vorlesetag sehr genossen hat.

Lesen: Für einige selbstverständlich, für andere eine große Sache

Der Vorlesetag setzt ein Zeichen für Leseförderung und für den Spaß am Vorlesen. „Gemeinsam in Geschichten eintauchen, Abenteuer erleben und neue Welten kennenlernen – Vorlesen verbindet.“, sagt Richard Lutz, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG und Beiratsvorsitzender der Stiftung Lesen. Lesen ist eine Schlüsselkompetenz, die Perspektiven ermöglicht und Freiheiten schafft, nicht immer auf Hilfe und Unterstützer:innen angewiesen zu sein. Die Fähigkeit Lesen zu können ist ein Schutz. Es bedeutet, nicht der Hilfe anderer Menschen ausgeliefert zu sein und darauf hoffen zu müssen, die richtigen Informationen zu erhalten.

Lesen ist eine Kompetenz, die nicht alle Menschen in Deutschland haben. 2019 wurde die sog. LEO Studie veröffentlicht, die Aufschluss über die Lesekompetenz in Deutschland geben sollte. Ihr Ergebnis: 6,2 Millionen Menschen in Deutschland können weder lesen noch schreiben. Die Autorin Hatice Akyüm, deren Eltern vor über 50 Jahren durch ein Anwerbeabkommen nach Deutschland migrierten, erklärt zu recht, dass es sich beim Analphabetismus um ein soziales und dezidiert nicht um ein migrantisches Problem handele. Sie selbst habe die Sprache des Landes, in dem sie seit ihrer Kindheit lebt, auf der Straße beim Spielen von anderen Kindern gelernt. Die Faszination für das Lesen habe sie durch regelmäßige Besuche des Bücherbusses ihres Stadtteils entwickelt.¹

Ja, das stimmt. Sehr viele Menschen können nicht lesen und nicht schreiben, längst nicht alle haben (familiäre) Migrationsbiografien. Ja, das stimmt, man kann und muss von einem sozialen Problem sprechen. Tut man dies, spricht man auch von Mechanismen sozialer Ungleichheit: Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand das Lesen und Schreiben nicht,

oder nicht ausreichend erlernt, ist in negativ privilegierten Milieus ungleich höher als in privilegierten Milieus.² Die Möglichkeit in privilegierten Milieus aufzuwachsen, könnte auch staatlich reglementiert sein: Vielleicht gibt es neben der sozialen Dimension auch politische Mechanismen, die dazu führen, dass die Privilegien positiv oder negativ verteilt sind. In dieser Tabelle sieht man, wie sich das dann auswirkt.

Ausgangslage individuelle Voraussetzungen	Soziostrukturelle Einbindung	Sozialisation	Bildungssystem	Alphabetisierungswahrscheinlichkeit
	Milieu	Bindung	Adressabilitäts- erfahrungen	Alphabetisiertsein
Person	privilegiert	sicher	positiv	ja
		unsicher	negativ	unsicher
	nicht privilegiert	sicher	positiv	ja
		unsicher	negativ	unsicher
	negativ privilegiert	sicher	positiv	ja
		unsicher	negativ	nein

Tabelle, die verdeutlicht, was genau gemeint ist. Entnommen aus Wagner 2008, S. 27.

Der Zusammenhang zwischen Duldung und geringer Lesekompetenz

Familien, die in Duldungen leben, leben auch in der ständigen Angst, abgeschoben zu werden.³ Sie sind politischen Entscheidungen, die durch Verwaltungen um- und durchgesetzt werden, abhängig. Dieses soziale Umfeld ist häufig eher negativ privilegiert. Auch Familien mit Kindern leben, hier, mitten in Deutschland, jahrzehntelang und teilweise über Generationen hinweg, unter widrigsten Bedingungen in sogenannten Wohnheimen. Das Leben in einem Wohnheim ist meistens sehr anstrengend: Küchen und Badezimmer werden gemeinschaftlich mit sehr vielen anderen Menschen genutzt, Familien sind häufig auf wenigen Quadratmetern untergebracht und es ist laut, weil sehr viele (fremde) Menschen zusammenwohnen. Viele der Menschen leiden sehr unter diesen Bedingungen. Wenn jemand in Duldung lebt, sind die Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe beschränkt. Nicht jeder erhält eine Arbeitserlaubnis, es fehlt an Informationen. Viele Kinder, die so aufwachsen, haben schlechtere Chancen einen Schulabschluss zu erreichen.

Die Universität Essen-Duisburg, die an der LEO-Level One Studie von 2010 beteiligt war, spricht ihrem Zwischenbericht über den Zusammenhang von funktionalen Analphabetismus und dem Leben in Duldung. Das Wort funktionaler Analphabetismus stigmatisiert, deshalb spricht man inzwischen besser von geringer Literalität.⁴ Gemeint ist, „wenn die schriftsprachlichen Kompetenzen von Erwachsenen niedriger sind als diejenigen, die minimal erforderlich sind und als selbstverständlich vorausgesetzt werden, um den jeweiligen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden. [...]“

Dies ist gegenwärtig zu erwarten, wenn eine Person nicht in der Lage ist, aus einem einfachen Text eine oder mehrere direkt enthaltene Informationen sinnerfassend zu lesen und/oder sich beim Schreiben auf einem vergleichbaren Kompetenzniveau befindet.“⁵

Die Universität Essen-Duisburg argumentiert, dass von geringer Literalität signifikant häufiger Menschen in sogenannten *Kettenduldungen*⁶ betroffen seien. Als Gründe werden genannt, dass es „markante Formen institutioneller Barrieren,[...] die selektiv den Zugang zu Bildungsinstitutionen und Arbeitsmärkten [erschweren] und [, die] die Anerkennung von Bildungsabschlüssen betreffen“⁷ gäbe. Gering literalisierte Erwachsene „mit prekärem oder fehlendem Aufenthaltsstatus“⁸ machen vor oder während ihrer Duldung oder Illegalität in Deutschland sehr differente Erfahrungen. Zu diesen zählten nach den Studierenerhebenden u.a. kritische Lebensereignisse, geschlechtsspezifische Diskriminierung und ethnische, religiöse oder politische Verfolgung ebenso, wie Diskriminierungserfahrungen im Herkunftsland.⁹

Warum uns der Vorlesetag wichtig ist

Die Kinder in der KiTa Amaro Kher wachsen nicht unbedingt und ausschließlich in Wohnheimen auf: Selbstverständlich leben einige der Kinder mit ihren Eltern in *normalen* Wohnungen. Aber es sind eben nicht alle Kinder, die so heranwachsen. Manchen der Kinder werden Geschichten vorgelesen. Andere Kinder erleben es als *ihre Normalität*, dass ihre Eltern und/oder das soziale Umfeld (also auch alle oder die meisten anderen *Großen*) nicht lesen oder schreiben können. Besonders diese Kinder, die erleben dass ihr Umfeld es schwer hat, zu lesen, werden später weniger Chancen auf *erfolgreiche* Bildungsbiografien haben.

Das alles passiert jeden Tag mitten in Deutschland. Das hier im Heft beschriebene Bleiberechtsprojekt kann ein Anfang sein und Perspektiven eröffnen. Notwendig ist aber auch, das Überdenken der Gewaltformen. Die Kids sind völlig normal. Die Welt, in der sie aufwachsen, ist es nicht. Sie sind unheimlich witzig und ziemlich klug. Wenn das (politische) Umfeld aber nicht stimmt, diese Kinder und ihre Eltern ständig in unsicheren Aufenthaltsverhältnissen leben müssen, weil immer noch keine politischen Entscheidungen getroffen wurden, um den Familien das Bleibrecht in Deutschland zuzugestehen, haben sie es nicht so leicht, lesen zu lernen, wie andere Kinder.

Der Vorlesetag ist für die Kolleg:innen aus dem Archiv und Dokumentationszentrum, die diesen Tag jedes Jahr planen und durchführen, eine Möglichkeit, das Lesen mit den Kids gemeinsam zu feiern – Alltag in der KiTa ist es ja sowieso. Es

ist auch die Möglichkeit, Impulse zu geben und das Lesen ein bisschen cooler zu machen, weil das Lesen gefeiert wird. Es können diese kleinen Augenblicke sein, die wie Schlüssel-momente wirken: Lesen ist toll. Lesen, das kann jede:r lernen. Der Vorlesetag ist jedes Jahr ein Tag, an dem die Kolleg:innen noch einmal darüber nachdenken, was es eigentlich bedeutet, lesen zu können und warum es notwendig ist, mit der Förderung schon früh zu beginnen.

Wir danken dem Team der KiTa und allen kleinen und großen Zuhörer:innen, dafür dass wir wieder einen so tollen Vormittag mit euch haben durften.

Vera Tönsfeldt

Literatur und Quellen:

Bauer, Ulrich: Zwischenbericht: Die Idealtypen des funktionalen Analphabetismus. Aus Studie HABIL: Handlungs- und Bildungskompetenzen funktionaler Analphabeten. Projekt-Verbund „Chancen Erarbeiten“, Duisburg-Essen 2010.

Egloff et al.: Funktionaler Analphabetismus im Erwachsenenalter: eine Definition. In: Projektträger im DLR e.V. (Hrsg.): Zielgruppen in Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener, Bielefeld 2011, S. 11-31.

Zentrum für Forschung, Weiterbildung und Beratung an der Evangelischen Hochschule Dresden gGmbH (Hg.): Menschen die nicht lesen und schreiben können. Im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus. Handreichung. Informationen für Bildung, Beratung, Betreuung, Dresden 2017.

Tomas Armbrüster im Interview mit Hatice Akyün: Analphabetismus „Eher ein soziales als ein migrantisches Problem“ DLF v. 08.05.2019 unter: <https://www.deutschlandfunk.de/analphabetismus-eher-ein-soziales-als-ein-migrantisches-100.html>

Wagner, Harald: Sozialstrukturelle Unterprivilegierung und funktionaler Analphabetismus. In: Schneider, Johanna et al. (Hrsg.): Sozialintegrative Alphabetisierungsarbeit. Bildungs- und sozialpolitische sowie fachliche Herausforderung. Münster, 2008, S. 23 – 30.

- 1 Tomas Armbrüster im Interview mit Hatice Akyün: Analphabetismus „Eher ein soziales als ein migrantisches Problem“ DLF v. 08.05.2019 unter: <https://www.deutschlandfunk.de/analphabetismus-eher-ein-soziales-als-ein-migrantisches-100.html>
- 2 Der Begriff positiv, bzw. negativ privilegiert wird Max Weber zugeschrieben. Er bezieht sich dabei auf Karl Marx, der in herrschende und unterdrückte soziale Klassen unterscheidet. Mit der neuen Benennung soll eine allgemeine, gewissermaßen abstrakte Klasse gebundenheit dargestellt werden. Er nennt als Beispiele für positiv privilegierte Milieus Adel und Beamte – als typisch negativ privilegiert beschreibt er z.B. das *moderne* Proletariat – diese Zuschreibungen sind vor Webers Tod 1920 entstanden. Seitdem haben sich die Zuschreibungen an Privilegien selbstverständlich verändert. Was gleich bleibt, ist dass es eindeutige Unterschiede darin gibt, wie eine Person aufwächst und mit welchen Privilegien sie ausgestattet ist. Privilegien sind dabei keine erworbenen Kompetenzen, sondern sind häufig bereits per Geburt an- und zugeschrieben. Darunter zählen körperlich/psychische Privilegien wie Hautfarbe, Geschlecht, Gesundheit, aber auch zum Teil soziale Privilegien wie etwa Bildung und Finanzen.
- 3 Vgl. hierzu den Text von Doris Schmitz in diesem Heft. Sie beschreibt die unterschiedlichen Formen von Gewalt, die sich an Duldung und Abschiebung manifestieren.
- 4 Grotlüschen et al.: LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität. Pressebrochure, Hamburg 2019.
- 5 Egloff et al.: Funktionaler Analphabetismus im Erwachsenenalter: eine Definition. In: Projektträger im DLR e.V. (Hrsg.): Zielgruppen in Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener, Bielefeld 2011, S. 11-31; S. 14-15.
- 6 Gemeint sind viele aufeinander folgende Duldungen. Also viele aufeinander folgende Aussetzungen der Abschiebung. Eine Duldung wird für maximal sechs Monate ausgesprochen. Ob eine Duldung verlängert wird oder nicht, ist dabei häufig eine Ungewissheit, die sich erst mit dem Ablauf der aktuellen Duldung ändert und dann, falls keine Abschiebung ausgesprochen wird, von Neuem beginnt.
- 7 Bauer, Ulrich: Zwischenbericht: Die Idealtypen des funktionalen Analphabetismus. Aus Studie HABIL: Handlungs- und Bildungskompetenzen funktionaler Analphabeten. Projekt-Verbund „Chancen Erarbeiten“, Duisburg-Essen 2010: https://www.uni-due.de/imperia/md/content/biwi/bauer/typenbericht_051110.pdf, S. 91.
- 8 Ebd., S. 112.
- 9 Ebd.

Gewalt in der Arbeit mit Geflüchteten

Johan **Galtung**, norwegischer Friedensforscher schrieb schon 1975 zum Thema Gewalt: „Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potenzielle Verwirklichung... Gewalt ist das, was den Abstand zwischen dem Potenziellen und dem Aktuellen vergrößert oder die Verringerung dieses Abstands erschwert.“¹

Liest man diese Definition von Gewalt und sieht, was heute in Europa mit geflüchteten Menschen geschieht, wie man sie zurückweist und ihnen schon das Recht auf die Überprüfung ihrer Asylgründe verweigert, ist es wie ein Riesenschritt zurück in die Barbarei. Aktuelles furchtbares Beispiel für den gewaltsamen Umgang mit Flüchtenden in Europa sind die Ereignisse vom 25. Juni 2022 in Malilla, der spanischen Exklave in Marokko. Laut Pressebericht² sind bei einer Aktion der marokkanischen Sicherheitskräfte 37 Tote zu beklagen. Zuvor hatten etwa 2000 afrikanische Geflüchtete versucht, den meterhohen Grenzzaun zwischen Marokko und Spanien zu überwinden. Diejenigen, die es geschafft hatten, wurden von den marokkanischen Milizionären gewaltsam zurück nach Marokko getrieben. „Hier fallen die letzten Tabus in der europäischen Abwehrpolitik. [...] Das Recht auf Leben und Schutz sowie die Menschenwürde lösen sich auf.“³

Dies zeigen z. B. die aktuellen Geschehnisse in Libyen: Hier jagen libysche Söldner und Küstenwache im Auftrag der EU die mit Menschen überfüllten Schlauchboote auf dem Mittelmeer und bringen sie gewaltsam zurück. Bei diesen so genannten Push Backs ertrinken immer wieder Kinder, Frauen und Männer.⁴ Das Entsetzen der Öffentlichkeit hält sich in Grenzen – die Opfer sind namen- und zahllos. Ein großer Teil der Zivilgesellschaft schweigt und/oder ignoriert das Sterben an den Grenzen Europas. Das Grauen ist weit weg und scheint uns nicht zu betreffen.

Sind also politisch gewollte und legalisierte Push Backs eine Form der Gewalt, die akzeptiert ist? Was genau bedeutet Gewalt? Wo fängt sie an? Wie ist sie definiert?

Die folgenden Ausführungen beziehen sich u. a. auf Beiträge aus der Fachliteratur zum Thema Gewalt.

Die Definition im Lexikon der Psychologie⁵ lautet: „Gewalt liegt dann vor, wenn als Folge der Ausübung von Macht oder Herrschaft oder von beidem oder als Folge von Macht- und Herrschaftsverhältnissen Menschen geschädigt werden.“

Es wird im Allgemeinen unterschieden zwischen physischer, psychischer und struktureller Gewalt gegen Menschen, die zumeist in einer untergeordneten eher abhängigen Situation leben.

In mehr als dreißig Jahren Arbeit mit Geflüchteten in Köln haben wir die diversen Formen der Gewaltausübung gegen Rom:nja Geflüchtete erlebt und erleben sie teilweise noch heute.

Einige Beispiele physischer Gewalt, die die körperliche Würde und Unversehrtheit der Betroffenen verletzt:

- polizeiliche Maßnahmen (überfallartige Razzien immer in den frühen Morgenstunden gegenüber schlafenden Menschen in Asylunterkünften) häufige willkürliche Festnahmen von Menschen zwecks Überprüfung der Identität
- Übergriffe „besorgter“ Bürger:innen auf Geflüchtete (Brandanschlag mit zwei Toten auf die städt. Notunterkunft Lüderichstr. am 26.01.1994, der nie aufgeklärt wurde.)
- unfreiwillige Blutabnahmen und gynäkologische Zwangsuntersuchungen von Rom:nja-Frauen, (Poller Holzweg 13.04.1995)
- Unterbringung von Rom:nja Geflüchteten auf kontaminiertem Gelände (ehem. CFK, Chemie Fabrik Köln Kalk, 2001/2)
- widerrechtliches Fotografieren durch die Polizei von aufgegriffenen Kindern und ihrer Unterwäsche, 2003
- widerrechtliche Veröffentlichung von Fotos und Namen Minderjähriger in der Boulevard-Presse, Oktober 2003
- Abschiebehaft
- Zwangsabschiebungen

Beispiele psychischer Gewalt, die permanent Angst und Druck bei den Betroffenen auslöst und sie in einer schwachen und abhängigen Situation festhält sind:

- willkürliche und ständige Kontrollen und Überprüfung bestimmter Gruppen oder Einzelpersonen
- permanente Drohung von Abschiebung durch Grenzübertrittserklärungen und jahrelang Duldungen für ein paar Wochen oder, aus undurchsichtigen Gründen, für

ein paar Monate - immer verbunden mit der schriftlichen Aufforderung das Land zu einem gesetzten Termin zu verlassen

- „Bestrafung“ bei Fehlverhalten, z. B. Zwangsumzüge, Streichung der finanziellen Zuwendungen, u. a.
- Verweigerung der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung
- Verweigerung von eigentlich berechtigten Ansprüchen und Unterkunft für eingewanderte EU-Bürger:innen aus Rumänien und Bulgarien
- Ghettoisierung und Ausgrenzung
- Fehlende Bildungsangebote
- von 1992 bis 1997 wurde „illegal“ eingewanderten Kindern in Köln per Ratsbeschluss der Schulbesuch verweigert
- fehlende oder „unerreichbare“ Schulplätze

Strukturelle Gewalt

Strukturelle Gewalt ist zum Beispiel Ungleichbehandlung von Klient:innen in Behörden und Institutionen. Strukturelle Gewalt ist praktisch unsichtbar, niemand ist persönlich verantwortlich. Beispiele hierfür findet man immer noch an vielen Schulen, die auf gut vorbereitete Schüler:innen mit einem unterstützenden und begleitenden Elternhaus eingestellt sind. Kinder, die kein oder kaum Deutsch sprechen, die kein erwartbares, angepasstes Verhalten zeigen, ihre Schul-sachen nicht dabei und ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, die häufig fehlen oder im Unterricht einschlafen, fallen aus dem System und werden zu „Problemfällen“.

Andere Beispiele lassen sich an anderen Institutionen wie etwa Ämtern in der Stadtverwaltung abbilden:

Das fast vollständige Erliegen der Arbeit der Ausländerbehörde während der Pandemie vor allem im Lockdown und danach war für viele Betroffene eine Katastrophe und führte zu erheblichen Problemen in den Familien. Da beispielsweise das Ausländeramt die Aufenthaltspapiere nicht fristgerecht verlängerte, stellten Sozialamt oder Job-Center die monatlichen Zahlungen ein, denn diese Zahlungen sind an den Aufenthalt gebunden. Dies geschah wohl wissend, dass die Kolleg:innen des Ausländeramtes wochenlang weder für die Betroffenen noch für ihre Unterstützer:innen erreichbar waren.

Auch hier wiederholt sich das zuvor geschilderte Szenario: Die Situation war und ist v.a. für Menschen, die kaum

Deutsch sprechen und nur schlecht lesen und schreiben können, kaum zumutbar. Besonders für sie war es während des Lockdowns schwierig, die nötigen Informationen über die aktuellen, coronageschuldeten, Verhältnisse zu erhalten, oder schriftlich kommunizierten Anweisungen zu folgen. Besonders betroffen sind Familien ohne ausreichende Sprachkenntnisse, die über geringe Kenntnisse ihrer Rechte und Pflichten verfügen. Sie haben im Behördendschungel ohne Unterstützung z.B. von Beratungsstellen kaum eine Chance. Sowohl die Hilfesuchenden als auch die Behörden und Institutionen vermeiden in den o.g. Fällen möglichst jeden weiteren direkten Kontakt. Letztere vermutlich, weil sie die Arbeit als aufreibend und frustrierend erleben.

Deutlich wird an diesen Beispielen, dass die Arbeit mit Geflüchteten in den Behörden immer noch geprägt ist von einem Herrschaftsverhalten, welches sich gegen marginalisierte und häufig schwer traumatisierte Menschen richtet.

Auswirkungen der beschriebenen Gewalt gegen die Geflüchteten

Eine erfolgreiche „Integration“ der Geflüchteten in die deutsche Gesellschaft, die auf dem Papier Vielfalt schätzt und die Geflüchteten willkommen heißt, ist erschwert. Es gibt immer noch zu wenig Reflexion der bestehenden Ungleichverhältnisse, mangelnden Willen und die fehlende Entschlossenheit, die Geflüchteten wirklich willkommen zu heißen. Sie werden kaum unterstützt, ein Teil dieser demokratischen Gesellschaft zu werden. Daher sind immer noch Einzelpersonen und entsprechenden Organisationen aus der Zivilgesellschaft aufgerufen durch langfristige, kleinschrittige und umfangreiche Maßnahmen die Integrationswilligen auf ein menschenwürdiges Leben in diesem Land vorzubereiten. Das bisherige politische, juristische und administrative Handeln verhindert in vielen Fällen eher die „Integration“ und hat verheerende Auswirkungen auf die persönlichen Biografien der betroffenen Menschen. Vor allem treffen sie die heranwachsende, nächste Generation. Es verursacht auf lange Sicht horrenden Kosten und führt die Menschen über Jahre und Jahrzehnte in eine Sackgasse ohne Ausweg.

Wie sich der Staat seiner Fachkräfte beraubt

Diese langjährige Praxis im Umgang mit „Geduldeten“ ergibt wenig Sinn. Es kostet sehr viel Geld und Manpower, die Menschen über Jahre sozial zu isolieren und in Armut im Land zu verwahren, ohne Chance auf „Integration“. Jeder weiß, dass (ausgebildete) Arbeitskräfte, vor allem in der Industrie und im Handwerk und nicht zuletzt in der Pflege, dringend gebraucht werden. Tatsächlich aber leben tausende Menschen ohne Erlaubnis zu arbeiten oder einen Beruf zu erlernen,

seit Jahren, manchmal seit Jahrzehnten, in gesellschaftlicher Isolation. Viele Arbeitgeber:innen, besonders im Handwerk, haben bereits sehr gute Erfahrungen mit Geflüchteten gemacht und sind daher schon lange bereit, die gesuchten Kräfte auszubilden. Geduldete Menschen aber haben auch hier kaum eine Chance. Wie nicht nur Einzelfälle zeigen, verhindern ein Ausbildungsvertrag oder eine bereits begonnene Lehre nicht zwingend die Durchsetzung einer Abschiebung (vgl. hierzu einen im Feb. 2022 in Siegen öffentlich gewordenen Fall einer Mutter, die bei dem Versuch die Zustimmung des Ausländeramtes zum Antritt einer Berufsausbildung zu erhalten, festgenommen und in Abschiebehaft verbracht wurde).⁶

Bis ein:e Geflüchtete:r den Weg in eine Ausbildung gefunden hat, ist es ein weiter Weg. Auch hier greifen Mechanismen der strukturellen Gewalt: Der Zugang zu den notwendigen Deutschkursen und anderen erforderlichen Bildungsmaßnahmen wird häufig durch administrative Manöver erschwert oder unmöglich gemacht. Die Ausstellung einer Arbeitserlaubnis für Geduldete ist kein einklagbares Recht. Aus Sicht der Betroffenen wird diese eher willkürlich erteilt oder auch nicht erteilt, Transparenz über die Entscheidungsgrundlagen ist in vielen Fällen nicht gegeben.

Bleiberecht in Köln

Seit Jahrzehnten sind geduldete Menschen nach Jahren der Armut, Ausgrenzung und Hoffnungslosigkeit oft zermüht und weit davon entfernt, ohne intensive Unterstützung von Angehörigen der Zivilgesellschaft die Auflagen für den Erwerb des Bleiberechts erfüllen zu können. Trotzdem geht es auch bei der aktuellen Bleiberechtsarbeit in Köln wieder um Einzelprüfung mit strengen Auflagen für die Antragsteller:innen. Etliche Langzeit-Geduldete scheitern angesichts der sehr hohen Hürden an diesem langen, zermühtenden Weg, der hinter ihnen und jetzt auch wieder vor ihnen liegt. So wird vielfach verhindert, dass die Betroffenen ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen. Was geschieht, wenn die Anträge endgültig abgelehnt sind? Die Menschen bleiben weiterhin in der Stadt, da sie nicht abgeschoben werden können. Natürlich weiterhin in Duldung und der elende Kreislauf beginnt von neuem und trifft auch die nächste und übernächste Generation. Das heißt, wenn man die Definition von **Galtung** zur Gewalt zugrunde legt, dass die Betroffenen über Jahre und Jahrzehnte schwerster psychischer und struktureller Gewalt ausgesetzt waren und noch sind, denn sie konnten ihre Potentiale in keiner Weise entfalten und entwickeln, auch und gerade die Kinder und Jugendlichen nicht.

Daher ist fraglich, ob die in Köln gerade laufende Bleiberechtskampagne, die der Kölner Stadtanzeiger⁷ als in Deutschland "einmalig" bezeichnet, wirklich „eine Erfolgsgeschichte“ wird. Für viele Betroffene sicherlich, aber eben nicht für alle.

Laut Stadtanzeiger gibt es inzwischen 446 Langzeitgeduldete in dem Projekt, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus bekommen haben. Weitere 1825 von insgesamt etwa 5500 Langzeitgeduldeten in Köln sind bisher in das Programm aufgenommen worden. Diese Liste wurde laut Kölner Stadtanzeiger erst einmal geschlossen. Dabei ist der Bleiberechtsbeschluss für Langzeit-Geduldete des Kölner Rates von Januar 2017 ebenso wie die Leitlinien der neuen Landesregierung zur Neuausrichtung der Geflüchtetenarbeit „Bleiberecht vor Abschiebung“ von 2022 durchaus positiv. Gleiches gilt für das Migrationspapier bzw. den Gesetzentwurf der neuen Bundesregierung zum „Chancenaufenthaltsrecht“. Beide Beschlüsse und Neuausrichtungen forcieren Bleiberecht vor Abschiebung sowie deutlich bessere und dringend notwendige Standards für die Unterbringung in Landeseinrichtungen. Außerdem wurde das Landes-Gewaltschutzkonzept weiterentwickelt. Es soll laut NRW-Regierung dem Schutz der Bewohner:innen und Mitarbeiter:innen in den Landeseinrichtungen für Geflüchtete dienen.

Die Menschenrechtsorganisationen verlangen dennoch Nachjustierungen, z. B. zum erwähnten Vertrag der Landesregierung, denn die Änderungen führten definitiv auch zu Verschlechterungen:⁸

Die Kompetenzen für eine schnellere Zuweisung in die Kommunen liegen nun beim Bund! Der Bund aber ist noch weiter entfernt von den tatsächlichen Bedürfnissen und der realen Situation der Familien und Individuen. Die Ausweitung der Integrationskurse erscheint im ersten Moment als gute Maßnahme. Allerdings ist auch hierfür ab sofort der Bund verantwortlich, nicht mehr das Land. Es muss befürchtet werden, dass die Bedarfe nun noch ungleichmäßiger verteilt werden. Ein Skandal aber ist, dass die neue NRW-Regierung sich für die Beibehaltung der Abschiebehaft entschieden hat.

In Köln kämpfen die zivilen Unterstützer:innen in der Bleiberechtsarbeit täglich gegen die strukturelle Gewalt, der die von ihnen unterstützten Geflüchteten und Antragsteller:innen auf Bleiberecht, ausgesetzt sind. Das geplante „Chancenaufenthaltsrecht“ der Bundesregierung beispielsweise ermöglicht jungen, *gutintegrierten* Erwachsenen schon nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel. Geduldete sollen von Anfang an eine Arbeitserlaubnis erhalten. Die Straffälligkeit eines jungen Menschen allerdings wird

ausnahmslos und rigoros geahndet, möglicherweise auch mit dem Rauswurf aus dem Programm. Von einer solchen Entscheidung ist dann möglicherweise die ganze Familie betroffen. Die Bedingungen in den Asyleinrichtungen aber sind vielfach immer noch menschenunwürdig, daran werden auch die neuen Standards nicht viel verändern. Teilweise leben auch heute noch acht Menschen aus drei Generationen in zwei Zimmern zusammengepfercht. So sollen sie lernen, essen und schlafen. Es ist schwer vorstellbar wie jemand, der von solchen Umständen betroffen ist, erfolgreich in der hiesigen Gesellschaft sein soll. Dabei wären die Chancen auf dem Arbeitsmarkt derzeit gut. Bedingt durch den großen Fachkräftemangel wäre es, wie bereits erwähnt, durchaus leichter einen Ausbildungsplatz zu finden. Wenn man denn darf.

Was ist zu tun? Was muss sich ändern?

Es ist höchste Zeit, das Thema Gewalt in den Fokus der Arbeit mit Geflüchteten zu stellen.

Die Gewalt war immer da, lauerte sozusagen im Untergrund, nebenan, saß und sitzt mit am Tisch, in der Verwaltung, im Parlament und in sämtlichen Gremien, die sich mit Flucht, Vertreibung, Zuwanderung beschäftigen.

Jetzt stehen an:

- dringend notwendige Nachbesserungen an den geplanten und bereits laufenden Projekten von Kommune, Land und Bund
- Erteilung des Bleiberechts ohne Einzelfallprüfung für alle Langzeitgeduldeten
- verbesserte Nutzung der Chancen für die Menschen im neuen Chancenbleiberecht
- Abbau der vielen überflüssigen administrativen Hürden, die den Erfolg der Arbeit mit Geflüchteten behindern
- endlich Verwirklichung der Menschenrechte in der Arbeit mit Geflüchteten
- Gleichheit, Freiheit und Geschwisterlichkeit auch für Migrant:innen

Das Recht auf Asyl, welches in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg aus gutem Grund geschaffen wurde, wird seit etwa 30 Jahren immer mehr relativiert, selbst dann, wenn die wirtschaftliche Situation im Land keinen Anlass zur Sorge bietet. Wenn vielmehr zuwandernde Menschen dringend gebraucht würden, um zum einen die Wirtschaft am Laufen zu halten und zum anderen die Alterspyramide in der hiesigen Gesellschaft positiv zu beeinflussen.

Schon aus historischer Verantwortung hat die Bundesregierung die Pflicht für die Nachkommen der Rom:nja endlich alles zu tun, um sie aus der Not ihres Daseins, aus Abhängigkeit, gesellschaftlicher Isolierung und Rechtlosigkeit zu befreien und ihnen ein menschenwürdiges Leben in Deutschland und Europa zu ermöglichen.

Zum Schluss die Frage:

Vor wem hat diese Gesellschaft eigentlich Angst?

- vor den Totengräbern von Demokratie und Freiheit?
- oder vor Menschen, die unsere Solidarität brauchen?

Doris Schmitz

1 Johan Galtung, Friedens- und Konfliktforscher, Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung Reineck Hamburg 1975, S. 9.

2 der Freitag, 7.7.2022, Das Malilla-Massaker

3 Karl Kopp, Leiter der Europaabteilung bei Pro Asyl. (zitiert aus Newsletter Flüchtlingsrat NRW 7.2022)

4 ARD, Monitor, 28.07. 2022

5 Lexikon der Psychologie, Gunter A. Pilz, Essay Gewalt, Zitat nach Theunert, 1987, S.40

6 <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/siegen-mutter-abschiebung-ausbildung-aserbajdschan-100.html> (08.09.2022)

7 Kölner Stadtanzeiger, KSTA, 4.8.2022 Langjährig Geduldete bekommen Bleiberecht

8 Newsletter, Flüchtlingsrat NRW 07.2022

Roma-Mordserie in Ungarn: Ein schockierendes Geständnis - und kein Interesse

Dieser Artikel ist zuerst am 10.09.2022 bei der Deutschen Welle erschienen. Der Wiederabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Welle.

Dreizehn Jahre nach einer rassistischen Mordserie an Roma in Ungarn legt der Haupttäter ein schockierendes und bizarres Geständnis ab. Es gibt kaum öffentliches Interesse an dem Fall. Ob neu ermittelt wird, ist unklar.

Die Täter mordeten aus dem Hinterhalt. Sie gingen feige, kaltblütig und grausam vor. Sie zündeten die Häuser ihrer Opfer an und schossen auf sie, wenn sie aus den Flammen flüchteten. Oder ermordeten sie im Schlaf. Insgesamt töteten sie sechs Menschen, darunter ein Kleinkind, und verletzten 55 weitere, zumeist schwer. Aus einem einzigen Grund: Weil sie Roma waren.

Die Roma-Mordserie von 2008/2009 war das schwerste rassistische Verbrechen der jüngeren ungarischen Kriminalgeschichte und eine rechtsterroristische Anschlagsserie - ähnlich der NSU-Mordserie in Deutschland. Begangen wurden die Roma-Morde am Ende einer sozialistisch-liberalen Regierungszeit, als Ungarn in Korruption und politischen Wirren versank. Wenige Monate später kam Viktor Orban mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit an die Macht.



Die Ruine eines Hauses im Dorf Tatarszentgyörgy südlich von Budapest: Hier erschossen die Täter Robert Csorba und seinen viereinhalbjährigen Sohn, nachdem sie zuvor das Haus in Brand gesteckt hatten. © DW/Keno Verseck

Vollständig aufgeklärt und aufgearbeitet ist die Roma-Mordserie in Ungarn bis heute nicht. Doch immerhin wurden die drei Täter 2014 zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, ein Komplize erhielt 13 Jahre Gefängnis. Allerdings: Trotz überwältigender Beweise - unter anderem umfangreichen DNA-Spuren an den Tatorten - bestritten die Mörder ihre Schuld

bislang eisern. Nur einer von ihnen, Arpad Kiss, der als Haupttäter und Kopf der Gruppe gilt, äußerte sich einige wenige Male öffentlich - und leugnete dabei, ein Mörder zu sein.

Unbeabsichtigt hineingerutscht?

Nun, 13 Jahre später, kommt - völlig überraschend - sein Geständnis. Er legte es in einem Interview mit der Budapester Tageszeitung Magyar Nemzet ab, dem inoffiziellen Sprachrohr des Premiers Orban und seiner Regierung. Es ist ein ebenso schockierendes wie bizarres Geständnis. Im Interview sagt Kiss wörtlich: „Die Straftaten sind geschehen, wir haben sie begangen.“ Er bezeichnet sie als „Fehler“, Bedauern und echte Reue lässt er allerdings nicht erkennen - und der Interviewer stellt auch keine Frage danach. Dass die Gruppe ihre Taten im Prozess abgestritten hatte, bezeichnet Kiss ebenfalls als „Fehler“.

Obwohl er im Prozess als Haupttäter, Organisator und „Hirn“ der Mordgruppe dargestellt wurde, bestreitet Kiss seine Führungsrolle. Er habe lediglich seinen jüngeren Bruder unterstützen wollen und sei in die Mordaktionen unbeabsichtigt hineingerutscht. Bizzarrer Höhepunkt des Interviews ist die Aussage von Kiss - also des Täters -, dass die letzten beiden Morde im April und im August 2009 hätten verhindert werden können, wenn die Ermittlungsbehörden besser gearbeitet hätten.

Unbekannte Komplizen

Doch nicht nur wegen dieser Aussagen ist das Interview aufsehenerregend. Kiss bestätigt erstmals öffentlich, was alle langjährigen Beobachter des Falles längst als sehr wahrscheinlich annahmen: Dass es während der Mordserie Unterstützer und Komplizen gab, die bei den Mordanschlägen mit Geld, Waffen und logistischen Tipps halfen. Kiss spricht im Interview von zwei Personen, die geholfen hätten: ein Lokalpolitiker der damals rechtsextremen Partei Jobbik (Die Besseren) und ein Mitarbeiter eines Waffenladens, der über einen Verwandten Zugang zu vertraulichen Informationen aus dem Innenministerium gehabt haben soll.

Namen und weitere Anhaltspunkte zu den Personen nennt Kiss nicht. Er behauptet jedoch, er habe Ermittlern bereits 2020 umfangreiche Details zu den beiden Komplizen mitgeteilt. Die Ermittlungen dazu seien jedoch ergebnislos

verlaufen. „Wir wurden zur Verantwortung gezogen, aber die beiden erwähnten Personen sind davon gekommen“, so Kiss im Interview. „Das finde ich bestürzend.“



Nur weil sie Roma waren: Das Grab des ermordeten Robert Csorba und seines kleinen Sohnes Róbi in Tatarszentgyörgy. © DW/Keno Verseck

Keine Reaktionen auf das Interview

Kiss erhofft sich, wie er sagt, eine Überprüfung seiner Haftstrafe. Verurteilt wurde er, wie seine beiden Mittäter, zu „tatsächlich lebenslanger Haft“, was in Ungarn eine Entlassung nach frühestens 40 Jahren bedeutet, statt nach 25 Jahren wie überwiegend üblich. Im Oktober 2021 erklärte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) diese Praxis für rechtswidrig. Falls Ungarn das Urteil umsetzt, könnte Kiss im Jahr 2034 entlassen werden.

Obwohl die Roma-Mordserie in Ungarn ein einzigartiges rassistisches und rechtsterroristisches Verbrechen darstellt, ist das Echo auf das Interview von Kiss bisher praktisch gleich null. Lediglich einige Medien brachten kurze Zusammenfassungen. Doch weder Politiker der Orban-Regierung und der Orban-Partei Fidesz noch aus der Opposition äußerten sich dazu. Lediglich die Führung der Jobbik-Partei ließ in einer knappen schriftlichen Stellungnahme verlauten, sie habe keine Informationen darüber, dass ihre Politiker etwas mit den Roma-Morden zu tun gehabt hätten. Zugleich lassen auch publizistische Reaktionen in Ungarn auf sich warten.

Kein Interesse an Aufklärung

„Keine politische Seite im Land hat ein Interesse an der vollständigen Aufklärung und Aufarbeitung der Roma-Mordserie, da gibt es einen Konsens auf allen Seiten“, sagt der Filmemacher und Journalist Andras B. Vagvölgyi der DW. Vagvölgyi ist einer der besten Kenner des Falles. Er war im mehrjährigen Prozess gegen die Täter während der meisten Verhandlungstage anwesend und veröffentlichte 2016 ein Buch zur Roma-Mordserie. Er hat seit längerem auch selbst Kontakt zu Arpad Kiss, führte mehrere bisher unveröffentlichte Interviews mit ihm und arbeitet an einem Dokumentarfilm über die Roma-Mordserie.

Vagvölgyi glaubt, dass eine gründliche Aufarbeitung des Falles eine Komplizenschaft von Mitarbeitern in Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten ans Licht bringen könnte. Ebenso zeige der mangelnde Willen zur Aufklärung ein fehlendes Bewusstsein für Antiziganismus. „Mir haben Politiker bei uns gesagt, dass der Fall endlich vergessen werden sollte“, so Vagvölgyi zur DW.

Komplize freigelassen

Ähnlich sieht es auch der liberale Ex-Politiker Jozsef Gulyas, der bis heute zusammen mit Freunden und Bekannten Überlebende der Mordserie unterstützt. «Leider gibt es kaum noch Interesse an dem Fall, die Opfer sind nahezu vergessen», sagt er der DW. Gulyas war als Abgeordneter 2009/10 Mitglied im Parlamentsausschuss für nationale Sicherheit, der den Fall damals untersuchte. «Nach den öffentlichen Aussagen von Arpad Kiss wäre das Wichtigste nun, dass neue Ermittlungen aufgenommen werden und dass die Geheimdienste ihre Informationen zu dem Fall herausgeben», fordert Gulyas.

Ob das erfolgen wird, ist unklar. Eine Anfrage der DW, ob neue Ermittlungen geplant seien, beantworteten die ungarische Polizei und das Nationale Ermittlungsbüro (NNI) nicht - ebenso wenig wie die Frage, ob Ermittlungen gegen Komplizen, wie von Kiss behauptet, erfolglos eingestellt worden seien.

Welche Rolle spielte der Ex-Premier?

Vor allem die Indizien zu einer möglichen Mitwisserschaft ungarischer Geheimdienste sind brisant: Unter anderem war der als Komplize verurteilte Istvan Csontos, der bei den letzten beiden Morden als Fahrer der Täter fungierte, Informant des damaligen Militärgeheimdienstes KBH. Er soll seinem Führungsoffizier seine Mitwisserschaft offenbart haben; die Informationen sollen jedoch angeblich nicht weitergeleitet worden sein. Csontos wurde Ende August 2022 nach 13-jähriger Haft freigelassen. Er äußerte sich bisher nicht öffentlich.

Warum nun jedoch Arpad Kiss einen prominenten Interviewplatz in der inoffiziellen Regierungszeitung eingeräumt bekommt, könnte einen politischen Hintergrund haben. Kiss beschuldigt im Interview den sozialistischen Ex-Premier Ferenc Gyurcsany, indirekt Mitwisser und Nutznießer der Roma-Mordserie gewesen zu sein. Gyurcsany ist bis heute politisch aktiv - und immer wieder Ziel von Angriffen der Orban-Partei Fidesz. Der Ex-Premier selbst hat seine Rolle in dem Fall nie plausibel erklärt. Anfragen dazu lässt er unbeantwortet.

Keno Verseck

Gewalt in und durch Sprache

„Language is never innocent.“

(Roland Barthes)

Durch Sprache stellen wir eine Verbindung mit anderen Menschen her. Sind wir freundlich zueinander, sind wir skeptisch, erbitten wir Unterstützung von jemand anderem, oder zeigen wir damit unsere Missgunst? Sie kann genutzt werden, um Gedanken und Gefühle zu teilen, Gegenstände oder Umstände zu beschreiben, aber auch, um Warnungen auszusprechen. Durch Sprache stellen wir im Wesentlichen eine Verbindung mit unserer Umgebung her und können Erlebtes verarbeiten. Wie sehe ich meine Umgebung? Wie wird diese gestaltet und wer gestaltet sie (wie)? Sprache ist somit ein Tool, um die eigene Realität einer anderen Person mitzuteilen.

„Jede Beschäftigung mit den sprachlichen Verhältnissen einer Gesellschaft muss berücksichtigen, dass Sprache ein Raum ist, in dem soziale Unterscheidungen erfolgen.“¹ Paul Mecheril beschreibt damit, dass Machtverhältnisse *immer* auch in/durch Sprache wirken. Die Mehrheitsgesellschaft² unterscheidet durch den Gebrauch von Sprache einer Person, welche Stellung diese Person hat und ob ihr eine Form von gesellschaftlicher Macht zugesprochen wird. Es geht darum, zu wem eine Person von der Mehrheitsgesellschaft gemacht wird und welche Privilegien damit einhergehen. Der Terminus Machtverhältnisse meint in diesem (sozialwissenschaftlich machtkritischem) Kontext, dass Menschen unterschiedliche Zugänge geboten werden, abhängig davon, welche Eigenschaften sie haben oder ihnen zugeschrieben werden.

Das Nutzen von Sprache an sich ist demnach ein machtvolleres Handeln und kann durchaus gewaltvoll sein. Nutzt eine Person diese ihr zugeschriebene und inkorporierte Überlegenheit aus, indem sie andere Menschen sich oder Dritten unterordnet und/oder ihnen damit das Gefühl vermittelt, dass sie sich unterordnen müssen, übt die Person damit verbale Gewalt aus. Wenn eine Person eine Sprache nicht so gut beherrscht, wie die Mehrheitsgesellschaft es erwartet, wird dieser Person der Zugang und das Eingreifen in bestimmten Diskursen erschwert. Gründe für den fehlenden Zugang zu diesen Diskursen sind beispielsweise Sprachbarrieren, weil die normativierte Sprache nicht die erstgelernte Sprache ist, oder, weil durch persönliche Sozialisationsprozesse Vokabulare unzugänglich blieben. Der Person werden damit Zugänge verwehrt, die wichtig wären, damit sie gleichberechtigt an gesellschaftlichem Geschehen teilnehmen und dieses mitgestalten kann.

Wer sich besser ausdrücken kann, hat also mehr Macht. Wer diese Macht ausnutzt, übt Gewalt aus.

Wenn wir den Begriff „Gewalt“ hören, denken viele an körperliche Übergriffe, schlagen, festhalten, treten. Sprechen wir von Gewalt in oder durch Sprache, so können wir verschiedene Aspekte beleuchten. Einige Beispiele von verbaler Gewalt können wir uns direkt vorstellen: Beleidigungen, Beschimpfungen, direkte, verbale, gezielte Erniedrigungen (die hier nicht reproduziert werden sollen). Diese sind unmissverständlich für alle zu verstehen, für die aussprechende Person, die angegriffene Person, und für Außenstehende. Solche Formen der verbalen Gewalt sind unmittelbar demütigend.

Gewalt in Sprache zeigt sich auch durch subtilere Formen: über jemanden sprechen, Witze auf Kosten einer Person machen, etwas, das gesagt wurde entwerten, dem Gesagten von unterschiedlichen Personen unterschiedlichen Wert beimessen, wiederholt ins Wort fallen sind einige Beispiele. All diese Formen tragen dazu bei, dass Personen sich nicht frei ausdrücken können. Damit wird abgesteckt, *wer* spricht, und *wem* zugehört wird. In einer hegemonialen Gesellschaft, also in einer Gesellschaft, die auf der Wahrung von Machtunterschieden basiert, führt dies dazu, dass manche ihre Macht stärken können und andere nicht.³

Durch Sprache werden „Signale“ gesendet: Welche Begriffe verwenden wir, von wem werden sie außerdem verwendet, welcher Gruppe ordnen wir uns damit zu und von welcher grenzen wir uns damit ab?

Wir zeigen dadurch, wie wir eingestellt sind, wie wir unsere Welt gestalten (möchten) und was unsere Werte sind. Sprache kann als Indikator genutzt werden, um festzustellen, wie unser Gegenüber eingestellt ist. Wenn jemand beispielsweise bestimmte Begrifflichkeiten verwendet, die auf eine spezielle politische Ausrichtung schließen lassen, kann sich dieser Person zu- oder abgewendet werden, je nachdem, ob sich die Person sich mit den gleichen Werten identifiziert. Wenn eine Person bspw. gender-neutrale Formen verwendet (z.B. ‚Teilnehmende‘ oder ‚Teilnehmer:innen‘ statt ‚Teilnehmer‘), kann das Gegenüber davon ausgehen, dass sich die Person mit solchen Konzepten bereits befasst hat und außerdem eine bestimmte Einstellung hat, zu der sich eine Person sich hingezogen fühlt, oder eben nicht. Benutzt eine Person Worte, die bereits politisch verfärbt sind (bspw. „Lügenpresse“), so lässt sich auch hier eine Affiliation mit einem bestimmten Mindset erschließen. Durch die Wahl unserer Sprache signalisieren wir also dem Umfeld, welche Räume wir kreieren möchten. In diese Räume werden dadurch bestimmte Personen eingela-

den oder ausgegrenzt. Die Wahl der Sprache zeigt auch, wer in diesem Umfeld Schutz erfährt und wer nicht.

Im Besonderen ist es wichtig beim Thema „Gewalt in Sprache“ auf die Unterscheidung zwischen Selbst- und Fremdbezeichnungen einzugehen. Selbstbezeichnungen sind Namen und Bezeichnungen, die sich eine Gruppe selbst gegeben hat, auch um Fremdbezeichnungen nicht zu verwenden. Sich eine Selbstbezeichnung zu geben und die Verwendung eben dieser einzufordern ist eine Form von Empowerment.⁴ Es ermöglicht den Personen, die Kontrolle über die Wahrnehmung der eigenen Person wiederzuerlangen. Beispiele für Selbstbezeichnungen sind PoC/BPoC/BIPoC (Person of Color/ Black Person of Color/ Black and Indigenous People of Color) als Widerstand gegen Namen, die dieser Gruppe von der Mehrheitsgesellschaft zugeschrieben wurden. Diese Namen sind Fremdbezeichnungen und Fremdbezeichnungen sind eine Form von verbaler Gewalt. Fremdbezeichnungen sind Namen, Beschreibungen und Zuordnungen, die nicht von der betroffenen Gruppe selbst, sondern von der Mehrheitsgesellschaft genutzt werden, um diese Gruppe zu benennen. Geschichtlich gesehen wurden diese Namen etabliert und genutzt, um diese Gruppen auf politischer und auf gesellschaftlicher Ebene so machtlos wie möglich zu halten. Da wir immer noch in solch einer Gesellschaft leben, einer hegemonialen Gesellschaft, werden diese Prinzipien immer noch angewandt. Machtvolle, d.h. privilegierte Personen wollen, bewusst oder unbewusst, diese Systeme innerhalb der Gesellschaft aufrechterhalten. Um das zu erreichen, muss in ihrem Sinne Gewalt ausgeübt werden. Formen solcher Gewaltausübungen sind z.B. wie zuvor genannt, das Ins-Wort-Fallen, das Unterbrechen, oder auch das Festhalten an Fremdbezeichnungen oder Ausdrücke wie „das wird man ja wohl noch sagen dürfen“. Der Nutzen von Sprache ist hierbei essenziell, denn damit eine bestimmte Gruppe machtvoll bleibt, muss eine andere Gruppe (oder andere Gruppen) weniger machtvoll bleiben. Diese Unterteilung bleibt unter Anderem bestehen, indem Unterschiede betont und bestimmten Gruppen zugehört und Wert beigemessen wird, anderen Gruppen weniger Wert zugemessen und nicht zugehört wird.

Einige Formen von verbaler Gewalt sind subtil. Die Ausübung der Gewalt in ihren unterschiedlichen Formen erfolgt sehr häufig über einen langen Zeitraum. Dies kann dazu führen, dass das Selbstwertgefühl von Menschen gemindert wird und sie sich untergeordnet fühlen. Es kann zermürend sein, den immer gleichen Formen von verbaler Gewalt ausgeliefert zu sein. Besonders beim Erleben der weniger offensichtlichen Herabwürdigung ist zusätzlich von der betroffenen Person gefordert, das Ausgesprochene zu verstehen und einzuord-

nen. Dabei muss sich die Person auch die Frage stellen „Habe ich das richtig verstanden?“, „Ist meine Verletzung ‚angemessen‘, also darf ich darauf reagieren?“, „Wie gehe ich nun mit dem Angriff konkret um?“. Wohingegen bei eindeutigen Beleidigungen unmissverständlich klar ist, dass eine Aggression stattgefunden hat, kann es bei solchen verdeckten Herabwürdigungen für die Person schwierig sein, die Reaktion darauf abzustimmen. Es kann vorkommen, dass nicht jede Person besonders die subtileren Formen erkennt. Hier werden betroffene Personen häufig dazu gezwungen, sich zu rechtfertigen. Hier kommt es ebenfalls häufig zu sogenannter Täter-Opfer-Umkehr. Erkennt eine Person die ihr angetane Gewalt und spricht darüber, entweder als direkte oder als indirekte Konfrontation, reagiert das Umfeld mitunter uneinsichtig oder beschwichtigend. Es nimmt in vielen Fällen erhobene Vorwürfe nicht ernst. Immer wieder berichten betroffene Personen, dass ihnen gesagt würde, sie mögen sich nicht so anstellen, so sei es nicht gemeint gewesen oder sie hätten sich eben falsch verhalten und dadurch die gewaltvolle Sprache erst provoziert.

Feststeht: Alle Formen der verbalen Gewalt sind gleich verletzend, ob nun offene Anfeindung, oder das Erleben von weniger offensichtlichen Herabwürdigungen. Unabhängig davon, wie offensichtlich verbale Gewalt ist, sie wirkt bei den betroffenen Personen. In politisch aufmerksamen und machtkritischen Kreisen sollte ein notwendiger Schritt sein, Gewalt in und durch Sprache nach Möglichkeit zu mindern. Unter den gegebenen und (weltweiten) politischen Vorzeichen eines erstarkenden Rechtspopulismus, der politische Korrektheit als etwas negatives und einschränkendes framed, ist Sprache ein machtvoller Schlüssel. Durch Sprache können wir aktiv und täglich mitbestimmen, wie sehr der Rechtspopulismus unser persönliches Leben und unsere Vorstellungen von Gesellschaft bestimmt. Welche Dinge in Gesellschaften gesagt werden können, und wer sie sagen darf, wird von der Mehrheitsgesellschaft bestimmt und mitgetragen. Die Frage ist also nicht, ob wir Sprache als machtvollen Faktor sehen, sondern, wie wir unsere Sprache nutzen. Setzen wir sie bewusst ein, signalisieren wir damit, wie wir eingestellt sind. Wir erleichtern damit, dass Menschen sich schneller zu Individuen oder Gruppen hin orientieren, die einem ähnlich sind und eventuell Schutz bieten und Verbündete sind, und sich ebenso von Menschen abzuwenden, die ihren Wert herabsetzen.

Lara Nicolaysen

¹ Mecheril, Paul; Natarajan, Radhika: Praktische Wirksamkeit in migrationsgesellschaftlichen Sprachordnungen - In: Konz, Britta [Hrsg.];

Schröter, Anne [Hrsg.]: DisAbility in der Migrationsgesellschaft. Betrachtungen an der Intersektion von Behinderung, Kultur und Religion in Bildungskontexten. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2022, S. 56-64 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-245213 - DOI: 10.25656/01:24521.

- 2 Mehrheitsgesellschaft meint den Teil der Bevölkerung, der als ‚normal‘ gekennzeichnet ist, und der maßgeblich Gesellschaft mitgestalten darf. „... ist ein gängiger Begriff, der missverständlich ist. Eigentlich müsste es heißen: Mehrheitsbevölkerung, also die von gut 61 Millionen Deutschen ohne Migrationshintergrund. In einem faktischen Einwanderungsland (=Deutschland) funktionieren Bezeichnungen wie »die deutsche Gesellschaft« oder »die Gesellschaft in Deutschland« nicht als Synonym für Deutsche ohne Einwanderungsbezug.“ Neue deutsche Medienmacher. <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/mehrheitsgesellschaft-2/>
- 3 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320478/hegemonie/>
- 4 Empowerment ist eine Form der Selbstermächtigung von unterdrückten Menschen und Gruppen. Hierbei werden Individuen in Prozessen unterstützt und vernetzt, um selbstbestimmtes Handeln zu ermöglichen. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeit e.V. (Hrsg.): „Was heißt eigentlich... Empowerment?“. Düsseldorf 2018.

Roma for humanity

On February 24, 2022, Russia began its attack on Ukraine, forcing more than 4.5 million people to flee the country. Of these, approximately 700,000 people arrived in Romania in a month and a half after the conflict, including many Ukrainian Roma. Since the beginning of the war, the Roma community in Romania has mobilized to support Ukrainian refugees with donations of products and money to support those in the worst affected cities and those on the border with Romania.

When the refugees started coming to Romania, I found out that there are also Roma refugees at the border. Vulnerable, mothers and children, many of them do not know English or simply do not know how to read, and then it is very difficult for them to find their way. I went to customs in Albita, I contacted several groups and then I found out that here, in the North Station, there were two large groups of mothers with children for two days, who were not taken to an accommodation center. So our NGO from Romania came to make sure they get the same treatment as the others.



©Bogdan Dinca

During that period, many refugees came, and the Roma, with their traditional clothing, were confused - we think - with our Roma and were not taken into account. Or maybe they failed to communicate with them. In our association we also have people who speak Romani, especially girls, and they managed to create a better connection with the Roma groups, being many mothers with children. Personally, I was motivated to come by the situation of those first groups, which were not taken into account, no one talked to them. And then I said that it is necessary to be here.

We managed to accommodate the first groups and then continued to be vigilant and explain to the volunteers and the authorities that there is also a situation where they are Ukrainian Roma and that they should be treated the same as the others. Maybe the Roma are noisy, maybe there are many, being big families, but we have to learn to manage them.

Note from the editors: Perhaps Roma sometimes do not fit into the normative ideas of how refugees should and must be. Reasons for this may be that there are concrete, normative ideas about how big a family should and may be, how communication within and between individuals and families should be. Above all, there is sometimes a very concrete idea of what non-Roma believe Roma are like. But this should not be the problem of the Roma refugees. Non-Roma must learn to deal with their own ideas and understand that not all people always fit into these ideas. So we, the non-Roma people, have to learn how to manage it.

Another situation we faced regarding discrimination took place at the North Railway Station in Bucharest. A group of Roma refugees were denied from the food and meals distribution point, stating that "they eat too much".

We at Aresel, together with the Roma Education Fund, the Roma Entrepreneurship Development Initiative and the Sky Ambassadors have formed teams of volunteers who come to the station every day. We also have teams at the borders. We have Russian translators, we also co-opted two Ukrainian Roma volunteers and we help where we are needed. We also have a list of centres where there are also Roma refugees, we go there every day to talk to them to see what their plans are for the future, if they want to enroll their children in school or submit the documents for refugee status. During this period we helped around 5,000 Roma refugees.

At this moment we have a plan for integration into society designed especially for them. We help them find a job to settle in Romania, but we believe that without the help of the authorities it will be very difficult.

From everything I saw here, I was impressed by the gesture of a volunteer from us, who gave her sneakers to a pregnant woman who was wearing slippers when it was very cold.

Lucian Buletin

Geflüchtete Roma aus der Ukraine in Tschechien.

Ein Reisebericht des Roma Centers

Dieser Bericht ist zuerst am 14.07.2022 auf der Webseite des Roma Antidiscrimination Centers veröffentlicht worden. Der Wiederabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Roma Centers Göttingen e.V.

Als wir in Prag ankommen, treffen wir uns mit Ivanka, einer Romni aus Prag, die geflüchtete Roma unterstützt. In der tschechischen Hauptstadt kommen viele Geflüchtete aus der Ukraine an. Am Anfang war die Situation für die weißen Geflüchteten gut. Die weißen Ukrainer:innen kamen vielfach in privaten Wohnungen unter. Als der Staat realisierte, dass Roma aus der Ukraine kamen, änderte sich die Lage zusehends. Für sie gibt es kafkaeske Regelungen, um an Visa für Geflüchtete zu kommen. Sie müssen zu vier Personen gehen, vier Stadien überwinden, bevor sie überhaupt den eigentlichen Antrag stellen können. Jede Person sagt ihnen etwas anderes. Sie warten jeweils ein bis vier Tage in einem Zelt. Die eine Person erzählt ihnen etwas über Unterkunft, die nächste nennt ihnen wieder andere Gründe, warum sie weggehen sollen. Zudem werden die meisten Roma auf doppelte Staatsbürgerschaft überprüft, was eine besondere Schikane darstellt.

Ein Teil der Roma, die nach Tschechien fliehen, kommt aus der Oblast Transkarpatien über Ungarn. Transkarpatien liegt im Westen der Ukraine. Aktuell ist in dieser Region (noch) kein Krieg, daher fliehen viele ukrainische Roma dorthin. Transkarpatien ist eine arme Region. Infolge langjähriger struktureller Diskriminierung sind die Roma dort besonders arm, leben von der Hand in den Mund. Auch wenn dort derzeit keine Bomben niedergehen, trifft der Krieg sie mit voller Härte. Die Männer wurden zur Armee eingezogen. Arbeit gab es für Roma schon vor dem Krieg nur im informellen Bereich, nun gar nicht mehr. Durch den Zuzug der Binnenvertriebenen fehlt es an allem – Essen, Kleidung, Unterkunft. Eine humanitäre Katastrophe scheint greifbar nah.

Ein Teil der Bewohner:innen in der Oblast Transkarpatien spricht Ungarisch. Die Orbán-Regierung hat 2011 eine Gesetzesänderung zur Erhöhung ihrer Wählerschaft durchgeführt, nach der die „ungarische Diaspora“ im Ausland eine doppelte Staatsbürgerschaft erlangen kann. Diese Möglichkeit haben manche ungarisch sprachige Ukrainer:innen, darunter auch Roma, aus Transkarpatien genutzt, denn sie haben damit neben der ukrainischen auch die Staatsangehörigkeit eines EU-Landes. Dieser Umstand wird jetzt von der Tschechischen Re-

gierung gegen Roma ausgenutzt, denn weiße Ukrainer:innen werden nicht auf doppelte Staatsangehörigkeit überprüft.

Auf den ersten Blick möchte man meinen, es ginge der Regierung darum, Roma die Registrierung als Geflüchtete zu verweigern, denn wer positiv auf eine doppelte Staatsbürgerschaft geprüft wurde, erhält keinen temporären Schutz und die damit verbundenen Leistungen. Die Statistik besagt, dass bis Anfang Juni von ca. 5500 überprüften Personen lediglich 150 eine doppelte Staatsbürgerschaft besaßen. Das sind weniger als drei Prozent. Angesichts dieser verschwindend geringen Zahl muss hinter diesem Thema viel mehr stecken, als ein paar Kronen einzusparen. Wir werden im Verlauf unserer Recherchen in Prag und Brno immer wieder darüber stoßen.

Zunächst sind wir noch bei Ivanka. Sie ist die Leiterin eines Kindergartens und empfängt uns in ihrem Garten bei einem Lagerfeuer. Gemeinsam warten wir auf eine Gruppe junger Roma-Musiker:innen, die sie während ihres Auftritts in Prag in einer Jurte in ihrem Garten unterbringt, in dem sonst die Kindergarten-Kinder spielen. Neben ihrer Arbeit verbringt Ivanka im Moment den Großteil ihrer Zeit damit, ukrainische Roma zu unterstützen. Wir sagen ihr, warum wir gekommen sind. Sie wird wütend. „Jeder kommt zu spät, um zu helfen!“

So ist es. Viele ukrainische Roma sind inzwischen zurück in die Ukraine gegangen. Am nächsten Tag besuchen wir mit Ivanka eine Familie, die ihr besonders ans Herz gewachsen ist. Sie sind in einem Hostel untergebracht. In dieser Touristenstadt mit ihren bombastischen Gebäuden und dem strahlenden Sonnenschein, fällt die Ärmlichkeit der Unterkunft ins Auge. Wir sprechen mit Vasilina, eine Frau mittleren Alters, die sich um alle anderen kümmert. Sie ist die Mutter, Schwiegermutter, Großmutter der meisten anderen, die im Hostel untergebracht sind. Insgesamt leben dort fünf Erwachsene und 21 Kinder. Zwei ihrer Söhne wurden eingezogen und sind in Donezk stationiert.

Vasilinas große Sorge ist aber im Moment ihre anderthalbjährige Enkelin. Sie hat eine Krankheit oder Behinderung am Rücken, genau kann sie es nicht sagen, und muss dringend operiert werden. In Tschechien hat sie keine Hilfe bekommen, obwohl Geflüchtete aus der Ukraine ein Anrecht auf ärztliche Versorgung haben. Die Mutter ist daher mit ihrem Baby zurück in die Ukraine gegangen, wo die Kleine notope-

riert werden soll. Vasilina sagt, sie sei in Mukačevo und zeigt uns ein Foto von Mutter und Tochter in einem Bunker. Wie es ihnen gerade geht, weiß sie nicht.

Die Menschen im Hostel sind seit vier Monaten hier. Sie sind zwar registriert, haben aber nur am Anfang Geld bekommen. Für Mai und Juni haben sie nichts bekommen, weder Geld noch Lebensmittel. Ohne private Spenden hätten sie nichts zu essen. Ivanka hat ihnen einiges mitgebracht. Auch ein Priester bringt ihnen manchmal Spenden. Offiziell dürfen die Leute ein Jahr in der Unterkunft bleiben, bekommen aber keinerlei Leistungen. Sie müssen gehen, weil sie nichts zu essen haben. Sie wollen nur noch auf die Rückkehr des Babys warten.

Vasilinas Familie kommt aus Kiev und hat fünf Jahre in Mariupol gelebt. Sie hat ein kleines Haus, das noch steht. Das ihres Sohnes wurde zerstört. Sie sagt, vor dem Krieg war die Situation schon schlimm. Sie hatten immer nur inoffizielle Arbeit, nur kleine Kinder haben staatliche Unterstützung bekommen. Sie sagt, die Roma haben in einer Straße gelebt, die Gadjé in einer anderen. Als wir sie fragen, ob sie Probleme mit den Gadjé hatten, sagt sie nein. Dann beschreibt sie wie Roma beleidigt und abgewertet werden. Aber sie sieht das nicht als Problem, sie sei daran gewöhnt. Rassismus als Alltag.

Marija ist Vasilinas Schwiegertochter. Sie hat vor einem Monat ihr sechstes Kind bekommen. Sie würde gerne hier bleiben. Ihre Kinder gehen in den Kindergarten und zur Schule. Ivanka ergänzt, es sei die gute Arbeit der Sozialarbeiter:innen, dass die Kinder hinkönnen. Gemeint sind die Sozialarbeiter:innen der Roma-Organisationen in Prag. Wir werden später mit ihnen reden. Die Kinder gehen jedoch nicht in die regulären Schulen, sondern sind in segregierten Klassen. Im September sollen sie in die normale Schule gehen können.

Wir reden mit der anderen Schwiegertochter. Auch sie ist mit ihren Kindern hier, während ihre Eltern in der Ukraine geblieben sind. Sie leben eine Stunde entfernt von Užhorod, der Hauptstadt Transkarpatiens. Sie erzählt, dass sie mit ihren Kindern in einem Raum gelebt hat, dass sie nichts mehr zu essen hatten.

Wir geben den Frauen jeweils einen Teil der Spenden, die wir in Deutschland in unserer Spendenaktion gesammelt haben. Wahrscheinlich schicken sie sie zu ihren Familien in die Ukraine.

Nach dem Besuch bei Vasilina und den anderen fahren wir ins Zentrum der Stadt, wo das Registrierungs-Zentrum für Geflüchtete aus der Ukraine ist. Wir wundern uns über

die Menschenleere. Lediglich Polizist:innen und Security-Mitarbeiter:innen sind zu sehen. Vor kurzem noch waren in zwei Zelten vor dem Zentrum ukrainische Roma untergebracht. Diese Menschen hatten dort tagelang keinen Zugang zu Wasser. Sie haben auf Feldbetten geschlafen und hatten Decken. Ivanka sagt, es sei dennoch sehr kalt gewesen, da die Heizung nicht angemacht wurde. Es gab viel Kritik an den Zelten, daher seien sie abgebaut worden. Eine alternative Unterbringung gab es nicht.

Der Grund, warum diese Menschen separat „untergebracht“ waren: Die Regierung verdächtigte sie der doppelten Staatsbürgerschaft. Innerhalb von zehn Tagen soll dies überprüft werden. Wer positiv geprüft wurde, erhält keinen Schutzstatus. Aber auch wer keine doppelte Staatsbürgerschaft hat, bekommt manchmal keinen. Die Wege sind kompliziert. Von hier aus wurden die Menschen ohne doppelte Staatsangehörigkeit dann weiter in die „Zeltstädte“, Hostels oder jene Unterkünfte gebracht, die Ivanka als „Detention Centres“ bezeichnet. Das sind die offiziellen Unterkünfte, in denen die Geflüchteten, fast ausschließlich Roma, von bewaffnetem Personal bewacht werden.

Vor dem Registrierungs-Zentrum werden wir von Ivan abgeholt und in das Büro der Sozialarbeiter:innen der Roma-Organisationen geführt, die dort arbeiten. Einen Tag vor unserer Ankunft wurde das Registrierungs-Zentrum offiziell geschlossen, da der Prager Bürgermeister Zdeněk Hřib von den Piraten der Meinung ist, dass zuviele Geflüchtete nach Prag kommen und will, dass die Menschen „besser“ verteilt werden und hat darüber mit der tschechischen Regierung verhandelt. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, Geflüchtete zu motivieren, in anderen Regionen zu gehen.

Wir stellen uns vor. Besonders interessant findet Dana unseren Namen „Roma Antidiscrimination Network“, da sie den Begriff der Antidiskriminierung noch nie im Namen einer NGO gehört hat. Sie ist froh, dass wir da sind. Mit den vier Personen sprechen wir über die Situation der ukrainischen Roma. Heute sind bisher sieben Roma angekommen. Ivan sagt, sie seien jetzt in Troja. Troja ist ein Stadtteil von Prag. Dort wurde die erste sogenannte Zeltstadt für geflüchtete Roma aus der Ukraine errichtet. Auch im Prager Stadtteil Malešice gibt es einen solchen Zeltplatz. Errichtet wurden sie für die ukrainischen Roma, die auf dem Prager Bahnhof gestrandet und obdachlos waren. Mehr dazu später. Die Zelte in Troja und Malešice haben eine Kapazität für jeweils 150 Personen.

Es soll eine Absprache zwischen dem tschechischen und dem ukrainischen Innenminister gegeben haben, Roma nicht

nach Tschechien zu lassen. Wir haben bereits vielfach gehört, dass Roma nicht über die Grenzen gelassen werden. Ist das Rassismus durch einzelne Grenzbeamt:innen oder Order von oben? Eine der Sozialarbeiter:innen vermutet das als Grund, warum aktuell nicht mehr viele Roma kommen. Sie hat Kontakt zu Roma, die bereits in Tschechien waren, und jetzt nicht mehr über die Grenze gelassen werden. Diese Menschen sind jetzt als Binnenvertriebene in Transkarpatien, wo sie keine Hilfe erreicht.

Das ist ein großes Problem, das uns schon seit Beginn des Krieges begleitet. Während zwar die Unterstützung groß ist und es offensichtlich viele humanitäre Lieferungen in die Ukraine gibt, kommt bei diesen Menschen nichts an. Wir werden darum gebeten, politisch Druck auszuüben, damit die humanitäre Hilfe gleich verteilt werde und nicht auf dem Schwarzmarkt verschwindet. Einer der Sozialarbeiter sagt: Wenn die Ukraine in die EU will, muss sie sich an die Regeln zivilisierter Länder halten.

Eine der Sozialarbeiter:innen war gestern in Brno. Dort sind 40 Roma angekommen, die auf dem dortigen Zeltplatz untergebracht sind. Sie hat erfahren, dass jemand von der Stadt dahin gekommen sei und den Menschen 2000 Kronen (80 Euro) angeboten habe, damit sie zurück in die Ukraine gingen.

In tschechischen Medien verbreitet sich das Narrativ vom „Sozialtourismus“, ein Begriff der suggeriert, dass nur weiße Ukrainer:innen berechtigt Asyl beantragen, während Roma nur vor der Armut fliehen und von Unterstützungsmaßnahmen profitieren wollen. Dieses Narrativ ist nicht nur in Tschechien virulent, sondern zum Beispiel auch in Ungarn.

Zu den ganz wenigen positiven Dingen, die wir erfahren, gehört: Ein paar ukrainische Romnja haben von der Stadt Prag Stellen als Reinigungskräfte bekommen. Das heißt, sie haben offizielle Arbeit und können ihre Familien versorgen, was angesichts der katastrophalen Versorgungslage von Roma in der Ukraine aktuell das wichtigste ist.

Auch von den Sozialarbeiter:innen bekommen wir zu hören: Alle Welt kommt hierher, um Fotos und Interviews zu machen, aber an wen können wir uns wenden, um die Situation zu verändern? Eines Tages werde der Krieg zu Ende sein und das hier werde als Kriegsverbrechen angesehen werden.

Als wir das Registrierungs-Zentrum verlassen, kommt gerade eine Roma-Familie an. Sie wird sofort von Polizist:innen eingesammelt, und woanders hin gebracht. Wohin, erfahren wir nicht.

Wir fahren zum Prager Bahnhof. Dort „lebten“ bis vor kurzem noch 700 obdachlose Roma aus der Ukraine. Als wir dort ankommen, finden wir den normalen Bahnhof einer europäischen Hauptstadt vor. Fast nichts erinnert mehr an die katastrophalen Zustände, die dazu geführt hatten, dass die NGOs dort aus Protest ihre Unterstützung für die Geflüchteten aufgegeben hatten.

Knapp zwei Wochen vor unserem Besuch, erzählt uns Ivanka, habe die Polizei am Prager Bahnhof Roma eingesammelt und in eine andere Stadt gebracht. Ihnen wurde gesagt, Prag sei voll und sie sollten sich woanders registrieren. Ivanka war dabei, als die Polizei sie mitnahm, und war mit ihnen in Kontakt. Als sie sie wieder anriefen, waren sie in Ungarn, denn an dem Ort, an den die Polizei sie gebracht hatte, gab es keine Registrierung.

Auf [Romea](#) lesen wir am Tag unserer Ankunft in Prag, die Bürgermeisterin der tschechischen Stadt Bílina wolle nicht, dass geflüchtete Roma aus der Ukraine in ihrer Stadt untergebracht würden und bezeichnet sie als „nicht anpassungsfähig“. Wir erfahren in Prag, dass sie nicht die einzige ist. In vielen kleineren Städten würden die Bürgermeister:innen Druck vom Volk bekommen, keine Roma aufzunehmen. Das Handeln dieser Bürgermeister:innen ist rassistischer Populismus. Hetze gegen Roma ist in vielen ost- und südosteuropäischen Ländern vor Wahlen beliebt.

Auch der allgemeine Umgang des tschechischen Staates mit den geflüchteten Roma hat viel mit Populismus zu tun. Um generell striktere Regeln für Geflüchtete durchzusetzen, werden Roma aus der Ukraine benutzt. Sie werden als „Sozialtourist:innen“ diffamiert, die „nicht anpassungsfähig“ an die tschechische Gesellschaft seien und die ohnehin keine richtigen Kriegsgeflüchteten seien. Dafür ist auch die doppelten Staatsbürgerschaft ein gefundenes Fressen. Obwohl sie faktisch nur auf eine verschwindend geringe Zahl der ukrainischen Roma zutrifft, wird das Thema aufgebauscht und suggeriert, diese Menschen seien keine „echten Geflüchteten“, sondern EU-Bürger:innen, die nur die Sozialsysteme ausnutzen wollten.

Am letzten Tag unserer Recherchereise fahren wir nach Brno im Süden Tschechiens. In der zweitgrößten Stadt des Landes befindet sich der erste Hauptbahnhof über Ungarn und wird ebenso wie Prag wegen ihres Umgangs mit ukrainischen Roma von NGO und Unterstützer:innen kritisiert. Auch Brno hat einen Zeltplatz. Während die Prager Zeltplätze jedoch noch einige „Annehmlichkeiten“ wie Zelte für die Verpflegung der Geflüchteten bieten, finden wir in Brno die spartanische Version vor.

Auf einen nicht befestigten Grund hat die Feuerwehr drei große Zelte aufgestellt, vier Baustellenklos, einen Wassertank und einen Container. Tische und Bänke stehen unter einem „Pavillon“ aus Stangen und Planen. Die Planen und teilweise auch die Stangen werden ständig vom Winde verweht. Dennoch bieten diese Planen den einzigen Schutz vor der brütenden Sonne. Es ist unfassbar heiß. Trotzdem erschlägt uns fast die Hitze, als wir in eins der Zelte treten. Einer der ganz wenigen anwesenden Männer sagt, es sei unmöglich dort zu schlafen. Die Luft kann man fast schneiden, so dick ist sie. In den Zelten gibt es nicht einmal Feldbetten. Die Menschen schlafen auf Paletten.

Während unserer Anwesenheit kommen ein paar Feuerwehrleute, die kurz die Zelte prüfen. Jan, ein Mitarbeiter der lokalen Roma-NGO IQ Roma Servis, sagt, sie seien ganz okay. Für mehr als die Infrastruktur fühlt sich die Stadt nicht verantwortlich. Um die Menschen kümmern sich Freiwillige von Roma-NGOs. Sie besorgen Essen, kochen für sie. Anders als in Prag, wo man eine Genehmigung der Stadt zum Besuch der Zeltplätze braucht, kann in Brno hier jede:r hingehen. Um den Zeltplatz herum ist ein Zaun und die Menschen können nachts das Tor zumachen. Jan sagt, hier fühlen sie sich weniger unsicher als in den offiziellen Unterkünften mit bewaffnetem Personal. Das macht vor allem den Kindern Angst. Auch er vergleicht die offiziellen Unterkünfte mit Gefängnissen. Ein Problem dabei ist: Wenn sie die erste Unterkunft ablehnen, die der Staat ihnen „anbietet“, bekommen sie keine Hilfe mehr, bis auf ein wenig finanzielle Unterstützung. Diese bringen sie meistens in die Ukraine, da ihre Angehörigen dort keine Arbeit mehr haben und es den Menschen an allem fehlt.

Heute sind hier 60 Menschen, darunter etwa 25 Kinder. Fast alle Erwachsenen sind Frauen. Es ist ein älterer Mann da und einer, der gehbehindert ist. Die Zahl der Leute hier schwankt täglich. Viele gehen zurück in die Ukraine. Ein Problem dabei ist, dass sie keine staatliche Unterstützung mehr in Tschechien bekommen, wenn sie danach zurück kommen. Manche sind seit einer Woche hier. Nach Brno kommen viele Roma über Budapest aus Transkarpatien. Wir haben ein bisschen Schwierigkeiten, uns mit den Leuten hier zu verständigen, da die meisten in erster Linie Ungarisch sprechen, was keine:r von uns kann. Manche sprechen Russisch oder Ukrainisch nur eine ältere Frau spricht Romanes. Sie übersetzt auch für die anderen, wenn es nötig wird. Sie ist aus Mukačevo. Auch von diesen Frauen erfahren wir, dass ihre Männer bei der Armee sind.

Jan erzählt uns, wie dankbar die Menschen hier für jede Hilfe sind. Als wir da sind, fragt eine Frau nach einer Creme für ihr

Baby, das offensichtlich eine Hautkrankheit hat. Ein Junge fragt nach einer Windel. Den Menschen hier fehlt es an allem. Die Helfer:innen bringen Essen, Windeln, Kleidung und zweimal am Tag frisches Wasser. Oder sie bringen jemanden zum Arzt. Sie versuchen auch, Jobs für sie zu finden, damit sie ihre Familien ernähren können. Für ein paar hat es geklappt.

Die „Bewohner:innen“ halten den Platz sehr sauber, aber weil der Boden nicht befestigt ist, bekommt dreckige Füße, wer keine geschlossenen Schuhe trägt, selbst wenn es, wie heute, trocken ist. Die Stadt hat diesen „Ort“ gebaut, weil sie nicht wollte, dass die Menschen sich obdachlos am Bahnhof aufhalten. Die meisten bleiben nur wenige Tage, weil es nicht auszuhalten ist. „Weiße Ukrainer:innen bekommen bessere Bedingungen, innerhalb einer Woche,“ sagt Jan.

Während wir in Prag von Absprachen gehört haben, dass die Ukraine keine Roma nach Tschechien lassen soll, sagt Jan, die Ukraine pushe Roma, nach Tschechien zu gehen, um Unterstützung zu bekommen. Beides ist möglich, wahrscheinlich. In Tschechien gibt es zwischen den regionalen Regierungen und der Staatsregierung Streit um die Geflüchteten. Warum soll es in der Ukraine anders sein?

Auch Jan bringt die Behandlung der Roma durch die Stadt mit Wahlen in Verbindung. Im September wird in Brno gewählt. Daher wäre es nachteilig für die regierenden Politiker:innen, Roma zu helfen.

Die Situation ist für Roma in Tschechien desolat. In der Slowakei soll sie noch schlimmer sein. Niemand bleibt dort. Bevor wir die Menschen hier zurücklassen, verteilen wir die restlichen Spenden, die wir gesammelt haben. Sie helfen den Frauen und ihren Familien. Aber nur für kurze Zeit. Die Situation muss sich grundlegend ändern. Die Menschen brauchen substantielle Unterstützung. Die Roma in der Ukraine, besonders in Transkarpatien, brauchen dringend humanitäre Hilfe, die auch tatsächlich bei ihnen ankommt, und nicht nur an die weißen Ukrainer:innen geht oder auf dem Schwarzmarkt verschwindet. Die Roma, die fliehen, brauchen die gleiche Unterstützung wie alle anderen Geflüchteten. Sie brauchen Arbeit, um sich und ihre Familien in der Ukraine zu ernähren. Bis das nicht passiert, sind sie weiterhin auf Unterstützung durch Roma-NGOs und Unterstützer:innen angewiesen. Wir stehen weiterhin mit den Unterstützer:innen in Prag und Brno in Kontakt, um nach Möglichkeiten zu suchen, die Menschen nach Westeuropa zu bringen. Denn in Tschechien bleiben können sie nicht.

Update zu Vasilinas Familie: Knapp zwei Wochen nach unserer Rückkehr aus Tschechien erfahren wir, dass die Familie spurlos verschwunden ist. Vielleicht ist sie aus Verzweiflung zurückgegangen in die Ukraine. Wie so viele Roma.

Update zur Recherchereise nach Polen: Nachdem die Romnja, die im Hostel in Krakau untergebracht waren, diese Unterkunft verloren haben, haben wir sie dabei unterstützt, nach Deutschland zu kommen.

Bitte unterstützt weiter:

Spendenzweck »Roma Ukraine«

Roma Center e.V.

IBAN DE11 2605 0001 0056 0575 40

Sparkasse Göttingen

Roma Center e.V./ Roma Antidiscrimination Network

Am Leinekanal 4

37073 Göttingen

T: 0551 – 388 7633

mail@roma-center.de

www.roma-center.de

www.ran.eu.com

10 Jahre Denkmal: Bundespräsident Steinmeier bittet Sinti und Roma um Vergebung

Zum 10. Jahrestag der Übergabe des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim heutigen Festakt am Denkmal: „Im Namen unseres Landes bitte ich Sie um Vergebung – für das unermessliche Unrecht, das den Roma Europas in der Zeit des Nationalsozialismus von Deutschen angetan wurde, und für die Missachtung, die deutsche Sinti und Roma nach Kriegsende auch in der Bundesrepublik erfuhren. Ich bitte Sie um Vergebung. Mangau tamen, pro-saran man!“ Weiter sagte er, dass die alltägliche Diskriminierung von Sinti und Roma aufhören müsse, denn bis heute verheimlichten Angehörige der Minderheit oft ihre Herkunft, Sprache und Kultur aus Angst vor Demütigung oder Anfeindungen. Das dürfe niemandem im Land gleichgültig sein.

gegenseitig respektieren.“

Zentralratsvorsitzender Romani Rose warnte vor neuen Anfeindungen gegen Sinti und Roma. Es habe viele positive Entwicklungen gegeben, „dennoch müssen wir trotz dieser Entwicklungen zur Kenntnis nehmen, dass ein neuer Nationalismus und ein neues rassistisches Denken wieder um sich greifen.“ Antiziganistische und antisemitistische Hetze führten wieder dazu, „dass Menschen zu Sündenböcken gemacht werden und sich in ihrer Existenz bedroht sehen“. Übergriffe auf Minderheiten „beschämen das gesamte Land“, auch weil „diese Verbrechen aus Rassenhass oftmals mit Versagen der Sicherheitsbehörden entschuldigt werden“. Er wies Forderungen nach einem „Schlussstrich“ unter das Gedenken an die Verbrechen während des Holocaust zurück. Damit würde

man „der heutigen Gesellschaft und zukünftigen Generationen in diesem Land die Möglichkeit nehmen, für unser aller Zukunft aus der Geschichte Lehren zu ziehen“.

Der Zentralrat hat heute zum 10. Jubiläum auch ein Statement von Romani Rose auf seinem [YouTube-Kanal](#) veröffentlicht, in der der Zentralratsvorsitzende über aktuelle Herausforderungen im Kampf gegen den Antiziganismus, über die Verantwortung der Gesellschaft und das Erinnern und das Gedenken an den Holocaust an den Sinti und Roma in Europa spricht:

Die Roma-Aktivistin Irina Spataru erinnert an die noch immer vorherrschende systematische Benachteiligung von Sinti und Roma in Europa:

„Wir erleben Ungleichbehandlung von geflüchteten Roma aus der Ukraine und sind immer noch Zeugen von Polizeigewalt und institutioneller Diskriminierung. Eine der Grundvoraussetzungen für die Bekämpfung von Antiziganismus ist die Anerkennung der rassistischen Verfolgung, die Anerkennung, dass unsere Vorfahren sterben mussten, nur weil sie Sinti und Roma waren.“

Die Reden von Zoni Weisz, Romani Rose und Irina Spataru können [hier](#) heruntergeladen werden:

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma



Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas. © Rom e.V./RomBuK

Der Überlebende des Holocaust, der 85-jährige Sinto Zoni Weisz aus den Niederlanden, der seine gesamte Familie im nationalsozialistischen Völkermord verloren hat, mahnte in seiner Rede, dass man wachsam bleiben müsse, gerade in Zeiten, in denen der Einfluss rechtsgerichteter Politiker zunimmt. Das Denkmal nannte er, wie schon bei seiner Rede die er zur Eröffnung vor 10 Jahren, ein Denkmal der Hoffnung: „Wir hoffen, dass Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus nicht die Form annehmen, die sie in den 1930er Jahren hatten. Hoffnung, dass wir trotz der großen Unterschiede zwischen den Kulturen und Völkern in Frieden zusammenleben können, und Hoffnung, dass wir uns

Woller, Hans

Jagdszenen aus Niederthann

Ein Lehrstück über Rassismus

ISBN 978-3-406-79315-8

Erschienen am 12. September
2022 im C.H.Beck Verlag

256 S.

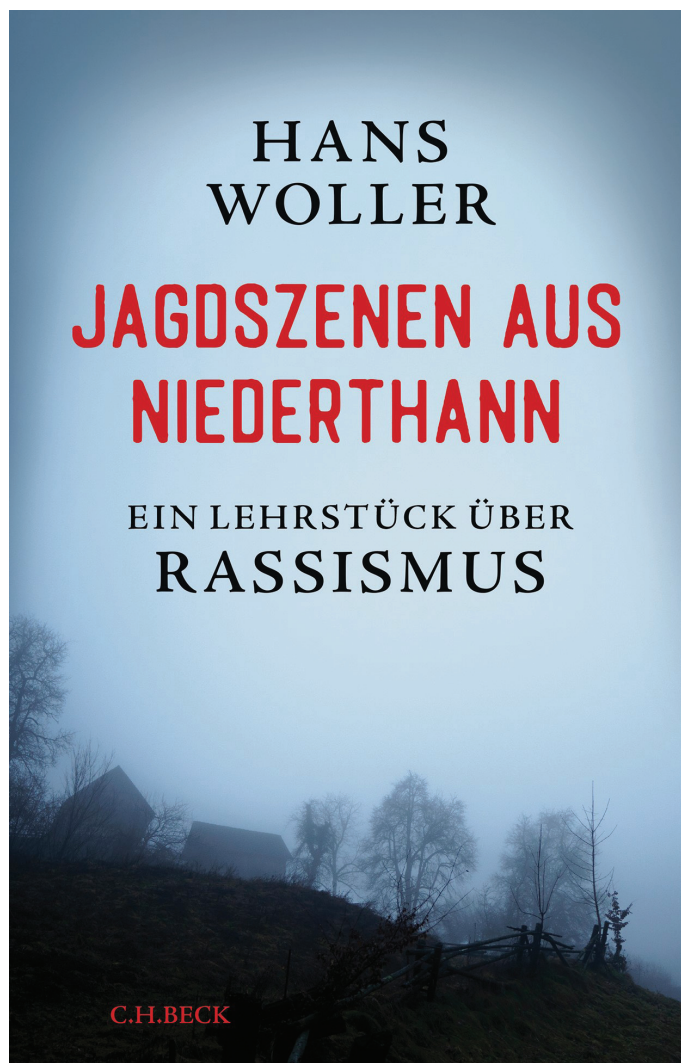
Hardcover

26,00 €

Das Buch kann [hier](#) bestellt werden.

In Niederthann gärt eine dunkle Vergangenheit. Das beschauliche Dorf in Oberbayern war in den 1970er Jahren Schauplatz eines Verbrechens, das als Lehrstück für Alltagsrassismus und seine verhängnisvollen Konsequenzen dienen kann: Eine junge Romni verlor ihr Leben, eine andere blieb schwer verletzt zurück. Hans Woller hat den Kriminalfall rekonstruiert und erzählt eine Geschichte voller Abgründe und rassistischer Ressentiments, die uns fern erscheint, aber doch so nahe ist. Denn Fragen wie diese sind nach wie vor brandaktuell: Die Schüsse von Niederthann - könnten sie wieder fallen, wen würden sie diesmal treffen, und würde die Gesellschaft heute anders darauf reagieren als damals, als man den Täter zum Opfer erklärte und den Opfern mit ebenso kaltherziger wie herabsetzender Gehässigkeit begegnete?

In Niederthann fielen 1972 vier Schüsse. Keiner ging daneben. Die Bilanz war schauerlich: eine schwer verletzte Romni und eine tote Romni, die ein Kind im Leibe trug. Sie flohen bereits aus dem Bauernhof, in dem sie überrascht worden waren. Der Todesschütze kam vor Gericht glimpflich davon. Alle standen zu ihm: die Polizei, die Justiz, die katholische Kirche, die CSU, überhaupt die ganze «anständige» Gesellschaft, die sich auch finanziell nicht lumpen ließ. Zahlreiche Kreisräte und Bürgermeister der CSU beteiligten sich ebenso an der Hilfsaktion wie ein Minister, der zusammen mit zwei Kollegen die Hand über den Täter hielt. Um die Opfer und ihre Angehörigen kümmerte sich niemand. Sie waren ja nur «Zigeuner» und sie blieben es, von Empathie bis heute keine Spur. Hans Woller schildert die Hintergründe und Folgewirkungen dieses Kriminalfalles, der als «Zigeuner-Krieg» für Schlagzeilen sorgte.



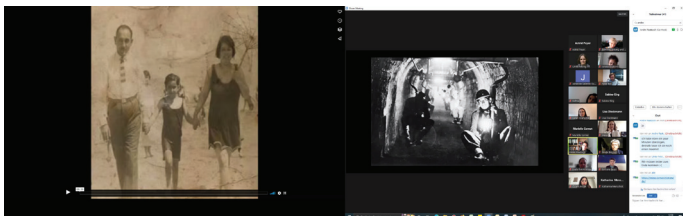
Cover © C.H.Beck

Tagungsbericht: Bilder – Macht – Antiziganismus, online am 14. Oktober 2022

Bilder haben großen Einfluss auf die Wahrnehmung von Realitäten. Sie dienen als ikonische Vorbilder oder klischeehafte Stereotype, an denen Realitäten vereinfacht und in der ständigen Reproduktion abgeleitet werden können. Bilder werden *kognitiv* erfasst. Die Wahrnehmung, das Lernen, das Erinnern und das Denken sowie menschliche Erkenntnis- und Informationsverarbeitungen werden durch dieses Wahrnehmen im Zusammenhang mit und durch u.a. Bilder beeinflusst. Bildern wohnt damit fraglos eine Agency¹ inne. Wie also umgehen mit Bildern, die romantisierend, rassifizierend und dadurch gewaltvolle Effekte für die sie betreffenden Menschen ausprägen?

Im Bestand des Rom e.V., der dem Digitalisierungsprojekt DigiRom zu Grunde liegt, sind tausende Bilder beinhaltet, die Fremdbezeichnungen beinhalten und so maßgeblich zur Konstruktion eines diskursiven Stereotyps beigetragen haben, der anti- und philoziganistische Zuschreibungen vereint und reproduziert. Die Möglichkeiten der Digitalisierung bergen zahlreiche Chancen und Risiken. Sie ermöglicht es, stereotype Darstellungen zu untersuchen und in neue Kontextualitäten zu fassen. Die Bilder zirkulierten bereits vor über 100 Jahren massenmedial. Bis heute halten sie sich hartnäckig als Fremd- und womöglich Feindbilder in der Medienlandschaft. Die wiederkehrenden Bildsujets sind tief in die gesellschaftlichen Diskurse eingeschrieben. Die Digitalisierung eröffnet im besten Fall, Möglichkeiten von weitgehenden Auseinandersetzungen und angefügten Diskursen.

Wo aber sind die Grenzen der Datenbankarbeit und wie können bestehende Machtverhältnisse hinterfragt, aber nach Möglichkeit nicht reproduziert werden?



Tagung Bilder – Macht – Antiziganismus Vortrag André Raatzsch. © Rom e.V.

Die Tagung Bilder – Macht – Antiziganismus, die am 14. Oktober 2022 mit über 50 Personen aus ganz Europa online stattfand, näherte sich in acht Vorträgen den Themen Community-Partizipation, Anti- und Philoziganismus sowie

Digitalisierungsprozesse und -möglichkeiten. Geschlossen wurde die Veranstaltung durch zwei Workshops, die zur Diskussion anregten.

Vera Tönsfeldt (Rom e.V. Köln) gab einen Überblick über die Sammlung des Rom e.V. und die Digitalisierungsarbeit im Projekt DigiRom.

Selma Idrizi (Rom e.V. Köln) veranschaulichte die Community-Arbeit im Projekt DigiRom und legte die gemeinsam gesetzten Ziele und Handlungsempfehlungen, die dem Projektteam ausgesprochen wurden, dar.

Peter Bell (Universität Marburg) führte durch die Welt der Ansichtskarten mit Typendarstellungen des frühen 20. Jahrhunderts und verdeutlichte die Bildtradition anhand von Schaubildern, die „Volkstypen“ darstellten.

Johannes Valentin Korff (Collage University London) veranschaulichte philoziganistische Darstellungsweisen anhand von ostasiatischen Computerspielen.

Sabine Girg (Universität Heidelberg) zeichnete anhand von Ausschnitten des Films ‚Camelamos naquerar‘ (1976), die künstlerische Selbstermächtigung der spanischen Communities der Rom:nja nach und veranschaulichte anhand dieses gestalterischen Formats die Sprechfähigkeit als politisches Instrument.

Lisa Dieckmann (prometheus Bildarchiv e.V./Universität Köln) widmete ihren Vortrag den Ergebnissen der Zusammenarbeit des prometheus Bildarchivs e.V. der Universität Köln und des Rom e.V. Entstanden sind Anpassungen in der Darstellung von rassifizierenden und/oder veralteten Fremdbezeichnungen. Diese Anpassungen stehen innerhalb der Benutzer:innenoberfläche als Hinweise den historisch tradierten (original) Benennungen vor. Ziel ist es, die historischen Bezeichnungen nicht zu löschen, sondern sie nicht weiterhin unreflektiert zu reproduzieren.

Murielle Cornut und Ulrike Felsing (Universität Basel) stellten mit dem Participatory Image Archives eine Möglichkeit vor, unterschiedliche Kontextualisierungsebenen in einem Digitalen Archiv zu vereinen und darzustellen.



DIGI
Rom



Online-Tagung

BILDER-MACHT- ANTIZIGANISMUS

14. Oktober 2022

Anmeldung bis zum 12. Oktober 2022 an:
dokuzentrum@romev.de

Förderer:



Den Abschluss der Fachvorträge leistete André Raatzsch (Kultur- und Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma Heidelberg) mit seiner Einschätzung der kuratorischen Ebene von Bilderpolitik am Beispiel des RomArchives.

Die flankierenden Workshops wurden von Beata Burakowska (Rom e.V. Köln) und Andrea Wierich (Amaro Foto e.V. Berlin) geleitet. Beata Burakowska nahm die Teilnehmenden in eine sehr persönliche Auseinandersetzung mit den von ihr untersuchten Bildmaterialien mit. Eindringlich erklärte sie die Agencys, die den Bildern noch heute eingeschrieben sind und ihre Auswirkungen auf den gegenwärtigen und zukünftigen Umgang mit den Communities.

Andrea Wierich (Berlin) zeigte die wiederkehrenden Klischees und Stereotype am Beispiel der journalistischen Arbeitsweise an. Es entstand eine lebendige Diskussion um Wirkungsweisen und Deutungshoheiten.

Alle Themen können in der Tagungsdokumentation, an der für den Rom e.V. das Team DigiRom derzeit arbeitet, nachgelesen werden. **Als Erscheinungsdatum des Bandes ist Ende Januar 2023 vorgesehen.**

Vera Tönsfeldt

PROGRAMM

EINFÜHRUNG

9:00 - 09:30

Helena Weber, Vera Tönsfeldt, Selma Idizi (DigiRom)

I. FREMD- UND SELBSTREPRÄSENTATION IN VISUELLEN QUELLEN - THEMEN, MOTIVE, NARRATIVE

Moderation: Vera Tönsfeldt (DigiRom)

09:30 - 10:00

„VOM TYP ZUR PERSON. MEDIALE VERÄNDERUNGEN DER WAHRNEHMUNG VON SINTI UND ROMA IN DER MODERNE“

Peter Bell (Universität Marburg)

10:00 - 10:30

„VIDEOSPIELE AUS OSTASIEN: ANTI- UND PHILOZIGANISMUS AUS GLOBALE PERSPEKTIVE“

Johannes Korff (University College, London)

10:30 - 11:00

„CAMELAMOS NAQUERAR (1976): WIR WOLLEN SPRECHEN! - FILMISCHE STRATEGIEN DER REPRÄSENTATIONSKRITIK, SELBSTERMÄCHTIGUNG UND SELBSTREPRÄSENTATION“

Sabine Girg (Forschungsstelle Antiziganismus, Universität Heidelberg)

11:00 - 11:15

DISKUSSION

11:15 - 11:45

PAUSE

II. DIGITALISIERUNG EINES SCHWEREN ERBES - MÖGLICHKEITEN, GRENZEN, BEISPIELE AUS DER PRAXIS

Moderation: Helena Weber (DigiRom)

11:45 - 12:15

„ZUM UMGANG MIT DISKRIMINIERENDEM BILDMATERIAL AUS HETEROGENEN QUELLEN IM PROMETHEUS-BILDARCHIV“

Lisa Dieckmann (Prometheus Bildarchiv)

12:15 - 12:45

„DER ALTERITÄTSDISKURS IN HISTORISCHER FOTOGRAFIE IM DIGITALEN BILDARCHIV“

Murielle Cornut und Ulrike Felsing (Participatory Image Archives, Universität Basel)

12:45 - 13:15

„ROMARCHIVE - BILDERPOLITIK AUS EINER KURATORISCHEN PERSPEKTIVE“

André Raatzsch (Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma)

13:15 - 13:30

DISKUSSION

13:30 - 14:30

MITTAGSPAUSE

III. WORKSHOPS

14:30 - 15:30

WORKSHOP 1: „PERSÖNLICHE ERFAHRUNGEN MIT VISUELLEN PROTOTYPEN“

Beata Burakowska (DigiRom)

WORKSHOP 2: „GEGEN DEN ANTIZIGANISTISCHEN BUCK: STRATEGIEN“

Andrea Wierich (Amaro Foto e.V.)

15:30 - 16:00

ABSCHLUSSDISKUSSION

- 1 Agency im Sinne von Handlungsfähigkeiten (auch nicht subjektiver Entitäten), z.B. die ((bio)politische) Handlungsfähigkeit eines Stuhls, der einen dazu zwingt ihn in einer gewissen Art und Weise zu nutzen, ist eine Agency.

Projekt SpuRom:nja geht an den Start.

SpuRom:nja.

Auf Spurensuche der Geschichten von Rom:nja und Sinti:ze in Köln



Foto links: Rom:nja protestieren vor dem Kölner Dom. © Hacky Hagemayer;

Foto rechts: Rom:nja und Sinti:ze auf dem Messelgelände während der Deportation im Mai 1940. © NS-Dok, Bp 5416.

Nach einem Jahr Projektarbeit werden App und Handreichung, die im Projekt SpuRom:nja entstanden sind, am 16. Dezember 2022 veröffentlicht. Unsere Stadtrallye App „SpuRom:nja“ führt zu verschiedenen Orten in Köln, die mit den Geschichten von Rom:nja und Sinti:ze verknüpft sind: Orte,...

- der Verfolgung im Nationalsozialismus,
- der Erinnerung,
- der rassistischen Kontinuitäten nach 1945 und
- der Bürger:innenrechtsbewegung von Rom:nja und Sinti:ze in den 1980er/1990er Jahren.

Die Stadtrallye ist über die App *Actionbound* zugänglich. Dazu muss die App *Actionbound* einfach nur über den Play- oder Appstore auf Smartphones und oder Tablets heruntergeladen werden. Dann kann über den QR-Code-Scanner in der App unsere Tour gefunden werden. Unsere Stadtrallye ist auf zwei Wege mit unterschiedlichen Stationen aufgeteilt, um größeren Gruppen, wie z.B. Schulklassen, eine Durchführung zu ermöglichen. Hier kann sich die Klasse einfach aufteilen: Eine Gruppe macht die Tour 1 „SpuRom:nja. Startpunkt Köln Messe/Deutz“ und die andere die Tour 2 „SpuRom:nja. Startpunkt Waidmarkt/Köln Innenstadt“. Kleinere Gruppen oder Gruppen, die mehr Zeit mitbringen, können auch beide Touren hintereinander machen, dann sollte nach der *Kölner Oper* mit der Station *Antoniterkirche* weitergemacht werden. Beide

Touren sind über die Suchfunktion oder die QR-Codes in der *Actionbound* App auffindbar:



SpuRom:nja - Startpunkt Köln Messe/Deutz



Scanne den QR-Code mit der *Actionbound*-App, um den Bound zu starten



SpuRom:nja - Startpunkt Waidmarkt/Köln Innenstadt



Scanne den QR-Code mit der *Actionbound*-App, um den Bound zu starten

Die Handreichung ist Begleitmaterial für die Stadtrallye und richtet sich vor allem an Lehrkräfte, um eine Vor- und Nachbereitung mit Schüler:innen zu erleichtern. Selbstverständlich steht die Handreichung aber allen Interessierten zur Verfügung. Alle Stationen der Stadtrallye werden in der Handreichung aufgegriffen und thematisiert. Zusätzlich zu

den Informationen zu den jeweiligen Stationen schlagen wir Lehrkräften in der Handreichung mögliche Arbeitsaufträge für Schüler:innen zur vertiefenden Auseinandersetzung vor und bieten über weiterführendes Material, darunter eine Chronologie, ein Glossar sowie Link- und Literaturempfehlungen, die Möglichkeit einer gezielten Vor- und Nachbereitung der jeweiligen Orte.

Die Handreichung kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Das Datum der Veröffentlichung von Handreichung und App, der 16. Dezember 2022, ist als historisches Datum bewusst gewählt: Im Jahr 1942 verordnete Heinrich Himmler, Reichsführer der SS und Chef der Deutschen Polizei, die Deportationen von Rom:nja und Sinti:ze in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Der Befehl geht als „Auschwitz-Erlass“ in die Geschichte ein.

50 Jahre später verlegte der Künstler Gunter Demnig gemeinsam mit Vertreter:innen des Rom e.V. den ersten Prototyp der späteren Stolpersteine vor dem Kölner Rathaus: Einen Quader aus Messing, auf dem ein Teil des „Auschwitz-Erlasses“, zitiert ist. In diesem Jahr feiert der Stein sein 30-jähriges Bestehen, auch wenn der Stein 2013 ersetzt werden musste, nachdem ihn Unbekannte entwendet hatten.

Der Stein, der zum Vorbild für die mittlerweile weltweit verlegten Stolpersteine werden sollte, ist ebenfalls Teil unserer Stadtrallye „SpuRom:nja“. An der Station „Historisches Rathaus“ können sich Teilnehmende der Stadtrallye u.a. die Verlegung des Prototypen vor 30 Jahren anschauen, als der WDR darüber berichtete.

Das Projekt wurde ermöglicht durch die Förderung des Kölnischen Stadtmuseums und des Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Köln. Ganz herzlich möchten wir uns bei unserer freien Mitarbeiterin Imke Dyck bedanken, die das Projekt maßgeblich umgesetzt hat. Ein weiterer Dank geht an die Helios-Schule, die mit uns einen Testlauf der App durchgeführt hat, an Steffy Hamidovic und Gordana Herold von Romane Romnja, die die App und Handreichung inhaltlich begutachtet haben und an das Kölner Fanprojekt e.V. Bedanken möchten wir uns auch bei allen Fotograf:innen und Institutionen, die uns ihre Fotos zur Verfügung gestellt haben.



Lisa Willnecker

Veranstaltungskalender

INTERNE VERANSTALTUNGEN

26.01.2023, 18 Uhr

Erinnern. Eine Brücke in die Zukunft. Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

Veranstaltungsort: AntoniterCityKirche in der Schildergasse

Thema der Gedenkstunde: Gleichschaltung am Beispiel der Medien

Fake News, Desinformation, Unterdrückung und Zensur von Fakten sowie Hetznachrichten sind ein Mittel, politische Machtinteressen zu unterstützen und die Demokratie zu untergraben. Die Regeln für die politische Propaganda der NSDAP werden in Deutschland schon früh in „Mein Kampf“ festgelegt. Nach der Wahl am 5. März 1933, bei der die NSDAP 43,9% der Stimmen im Reichstag gewinnt, prägt die „Gleichschaltung“ der Massenmedien die politische Öffentlichkeit, die Gesellschaft, die Kultur samt Sprache bis in die Wortwahl hinein. Ein besonderes Augenmerk liegt auf Presse und Rundfunk. Die meisten Zeitungen sind dem Nationalsozialismus gegenüber vor 1933 zwar zurückhaltend bis feindlich eingestellt. Dennoch spiegelt sich die politische Radikalisierung und Polarisierung der Gesellschaft immer deutlicher auch in der Presse wider. Die geachtete Kölner Zeitung hat schon vor 1933 ihre liberale Orientierung partiell aufgegeben. Örtliche Nazis fordern die Leser:innen auf, ihr Abonnement zu kündigen und hetzen gegen eine angebliche finanzielle Abhängigkeit von jüdischen Geldgebern. Viel Druck von außen ist nicht nötig. Auch der Verlag DuMont hält sich bald an die Vorgaben der Nazi-Propaganda. Die Redakteure, jetzt Schriftleiter, haben über die Inhalte einer Zeitung zu wachen. Sie müssen „arischer Abstammung“ sein und sind verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, was gegen die sogenannte „Ehre und Würde eines Deutschen“ verstößt bzw. die deutsche Wehrhaftigkeit schwächt. Mit der Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28.02.1933, der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung“, wird u.a. das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit außer Kraft gesetzt. Reichsweit werden ca. 60 kommunistische und 135 sozialdemokratische Zeitungen verboten. SA-Leute besetzen Druck- und Verlagshäuser. Chefredakteure wie Wilhelm Sollmann werden verprügelt und verhaftet, Vermögen beschlagnahmt und Immobilien enteignet. Der Westdeutsche Beobachter, 1925 als wöchentliches Parteiorgan der NSDAP gegründet, entwickelt sich ab 1930 zur Tageszeitung. Als zweitgrößte NS-Zeitung im Deutschen Reich enthält insbesondere sein Lokalteil antisemitische und antiziganistische Hetze. Die Leserschaft wird mit Artikeln wie „Meidet jüdische

27. JANUAR 1945
KZ AUSCHWITZ BEFREIT



ERINNERN

EINE BRÜCKE IN DIE ZUKUNFT

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

Thema Gleichschaltung am Beispiel der Medien Donnerstag 26. Januar 2023 18:00 Uhr AntoniterCityKirche Schildergasse Mahngang zum Bahnhofsvorplatz Es spricht Naciye Alpay von Stimmen der Solidarität - Mahnwache Köln e.V.	Grußwort Oberbürgermeisterin Henriette Reker Sprecher:innen Maria Ammann Renate Fuhrmann Axel Gottschick Markus Andreas Klauk Musik Martina Neschen Projektgruppe Gedenktag Infos zur Veranstaltung antonitercitykirche.de frauengeschichtsverein.de
--	--

Unterstützer:innen:
AK Lern- und Gedenkort Jawne - Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Köln - Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat - Bündnis90/Die Grünen Köln - Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte - Centrum Schule Geschichte - DFG/VK Köln - DGB Region Köln-Bonn - Die Linke Köln - Die Linke, Fraktion im Rat der Stadt Köln - DPK Köln - Evangelische Gemeinde Köln - FDP Kreisverband Köln - Friedensbildungswerk Köln e.V. - Kölner Friedensforum - Geschichtswerkstatt Kalk - Jugendclub Courage Köln e.V. - Jungsozialisten Köln - Karl Rahner Akademie - Katholikenausschuss - Katholisches Stadtdekanat Köln - Kölner Appell gegen Rassismus e.V. - Kölner Frauengeschichtsverein - Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit - LAG Lesben in NRW - Jüdische Liberale Gemeinde Köln - LSVD, Lesben- und Schwulenverband - Melanchthon-Akademie - NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln - Onas gegen Rechts - Pax Christi Gruppe Köln - Rom e.V. - Queeres Netzwerk NRW e.V. - SPD Fraktion im Rat der Stadt Köln - SPD Köln - Synagogen-Gemeinde Köln - ver.di Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen - Verein EL-DE-Haus e.V. - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten Köln - Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück

V.i.S.d.P.: Irene Franken, c/o Kölner Frauengeschichtsverein, Honlinger Weg 100A, 50969 Köln

Ärzte u. Rechtsanwälte“ oder „Der Unfug der Wahrsagerie“ aufgewiegelt. Die Zeitung verbreitet Stereotype über die vermeintliche Boshaftigkeit, Kriminalität und Primitivität der Sinti:ze und Rom:nja. Aber nicht nur der „Westdeutsche Beobachter“, sondern auch die „Kölnerische Zeitung“ reproduziert solche Lügen und Vorurteile bis weit nach 1945. Schon 1932 gerät die Westdeutsche Rundfunk AG ins Visier der rechten Presse. Sie habe sich zu einer „Brutstätte probolschewikischer Zersetzungsarbeit“ entwickelt, schreibt der „Westdeutsche Beobachter“. Im Frühjahr 1933 beginnt eine Entlassungswelle, bei der der Intendant Ernst Hardt und alle jüdischen Mitarbeiter:innen sowie sogenannte „politisch Unzuverlässige“ auf die Straße gesetzt werden. Darunter ist auch die Radiopionierin Marie-Theres van den Wyenbergh, die von 1928 bis 1933 den Frauenfunk leitete. Am Beispiel ihrer Sendereihe „Frauenstunde“ wird der große Verlust des anspruchsvollen Radio-Programms deutlich. Der Kölner Funk verkommt nach der Gleichschaltung durch die Nazis zu einer Propagandaveranstaltung mit Gute-Laune-Musik und gefälschter Kriegsberichterstattung.

Nähere Informationen hier.

- antonitercitykirche.de
- frauengeschichtsverein.de

ANKÜNDIGUNGEN:

Tagungsbericht Bilder – Macht – Antiziganismus

Im Bestand des Rom e.V., der dem Digitalisierungsprojekt DigiRom zu Grunde liegt, sind tausende Bilder beinhaltet, die Fremdbezeichnungen beinhalten und so maßgeblich zur Konstruktion eines diskursiven Stereotyps beigetragen haben, der anti- und philoziganistische Zuschreibungen vereint und reproduziert. Bis heute halten sie sich hartnäckig als Fremd- und womöglich Feindbilder in der Medienlandschaft. Die wiederkehrenden Bildsujets sind tief in die gesellschaftlichen Diskurse eingeschrieben. Die Digitalisierung eröffnet im besten Fall, Möglichkeiten von weitgehenden Auseinandersetzungen und angefügten Diskursen. Wo aber sind die Grenzen der Datenbankarbeit und wie können bestehende Machtverhältnisse hinterfragt, aber nach Möglichkeit nicht reproduziert werden?

Die Tagung Bilder – Macht – Antiziganismus, die am 14. Oktober 2022 mit über 50 Personen aus ganz Europa online stattfand, näherte sich in acht Vorträgen und zwei Workshops den Themen Community-Partizipation, Anti- und Philoziganismus sowie Digitalisierungsprozesse und -möglichkeiten.

Der Tagungsband erscheint Ende Januar 2023.

Nähere Informationen [hier](#).

Auf Spurensuche der Geschichten von Rom:nja und Sinti:ze: Handreichung für Lehrkräfte und Veröffentlichung der Stadtrallye App

Unsere Stadtrallye App „SpuRom:nja“ führt zu verschiedenen Orten in Köln, die mit den Geschichten von Rom:nja und Sinti:ze verknüpft sind: Darunter Orte, der Verfolgung im Nationalsozialismus, der Erinnerung, der rassistischen Kontinuitäten nach 1945 und der Bürger:innenrechtsbewegung von Rom:nja und Sinti:ze in den 1980er/1990er Jahren. Die Stadtrallye ist über die App Actionbound zugänglich.

Die Handreichung ist Begleitmaterial für die Stadtrallye und richtet sich vor allem an Lehrkräfte, um eine Vor- und Nachbereitung mit Schüler:innen zu erleichtern. Selbstverständlich steht die Handreichung aber allen Interessierten zur Verfügung. Sie steht hier zum [Download](#) bereit.

Handreichung und App sind am 16.12.2022 erschienen.

Nähere Informationen [hier](#) und auf [Seite 42 der Nevi](#).

EXTERNE VERANSTALTUNGEN

15.12.2022, 19 Uhr

Manifestations of Antigypsyism – Roma in Social Science

Veranstaltungsort: Universität Heidelberg

Vortrag von Dr. Dezso Mate Über Erscheinungsformen des Antiziganismus in der Wissenschaft und die besondere Bedeutung von Forschenden aus der Gruppe der Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma in den Sozialwissenschaften.

Nähere Informationen [hier](#).

18.01.2023, 17 Uhr

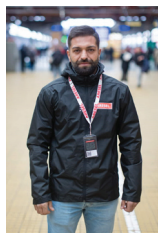
The state of nature an antigypsism. On the Exclusiveness of Social Contract Theory

Veranstaltungsort: Universität Gießen, online

Vortrag von Laura Soréna Tittel im Rahmen des Colloquiums „Political Theory“.

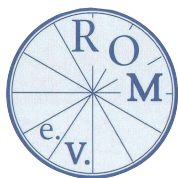
Nähere Informationen [hier](#).

Für Veranstaltungen von RomBuK abonniert uns auf [Facebook](#) oder [Instagram](#), schaut regelmäßig auf unsere [Webseite](#) und/oder meldet euch für den [Newsletter](#) an.



© Bogdan Dinca

I am **Lucian Buletin**, born in a Roma family, in Bucharest, Romania. As a child I faced discrimination and I am determined to change mentalities and stop discrimination against Roma, not only for me, but also for the generations to come. I am an entrepreneur and project coordinator for Roma Education Fund. To achieve my goals, I am now a student at Political Science, SNSPA University in Bucharest.



Ossi Helling, seit 2014 Mitglied im Vorstand des Rom e.V. Vorher jahrelanger sozial- und migrationspolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion im Rat der Stadt Köln.



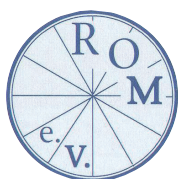
© Ruždija Sejđović

Orhan Ismaili

Ich komme aus Tetovo in Nord-Mazedonien und bin 37 Jahre alt. Ich bin ausgebildeter Deutschlehrer und spreche verschiedene Sprachen, darunter Deutsch, Englisch, Romanes, Mazedonisch, Serbisch, Albanisch und Türkisch. Die letzten 12 Jahre habe ich in unterschiedlichen Behörden, Kommissionen und Vereinen gearbeitet. Im April 2022 bin nach Köln gekommen. Seitdem arbeite ich im Rom e.V. als Romanes-Lehrer im Projekt Romno Power Club und als Schulmediator im pädagogischen Projekt Amen Ushta.



Redjep Jashari graduated in (CST) Computer Science and Technology from the (SEEU) South East European University in Tetovo. In 2013, he was elected from the Roma people in Tetovo like regional leader of Roma Voice, a community empowerment and organizing association. He was one of the core activists for organized protest and actions to defend the integrity and rights of Roma. His mission is to support the Roma community to organize and encourage them to take a leadership responsibility for challenges at the grass-roots and political level. Since 2021 he is working in the empowerment sector for the project RomBuK in Rom e.V. Cologne.



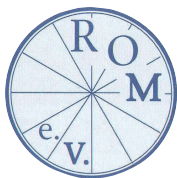
Elisabeth Klesse Gesamtschullehrerin, seit 2014 im Ruhestand, Gründungsmitglied des Rom e.V. (1988). Im Vorstand ehrenamtlich tätig als Kassiererin; darüber hinaus mit Doris Schmitz zuständig für die pädagogischen Projekte.

Maurice Lösbrock ist 22 Jahre alt. Er studiert an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) Philosophie & Geschichte mit dem Ziel, Lehrer für die Klassenstufen 5 bis 13 zu werden. Er wirkte im Zeitzeug:innenprojekt des Rom e.V. mit. Darüber hinaus engagiert er sich auch in der Initiative Romane Romnja. Zu seinen Lieblingsdenkern gehören Goethe, Marx und Nietzsche.



© Lara Nicolaysen

Lara Nicolaysen, Psychologin, arbeitet beim Antidiskriminierungsbüro für den Caritasverband Köln. Ihre Arbeit teilt sich in Beratungs- und politische Bildungsarbeit auf. Der Fokus ist dabei Rassismuskritik und Kritisches Weißsein.



Doris Schmitz Diplom Sozialpädagogin, Studium an der Fachhochschule Köln, seit September 2012 im Ruhestand. Gründungsmitglied des Rom e. V. (1988), seitdem ehrenamtliche Vorstandsarbeit im Verein.



© Ruždija Sejđović

Ruždija Russo Sejđović, geboren 1966 in Montenegro, kommt aus einer Rom:nja Familie. Er lebt seit 1988 in Deutschland, ist Mitbegründer des Rom e.V. Köln und gehört zu dem Team, das das Archiv und Dokumentationszentrum RomBuK initiierte. Er trug zur Anerkennung und Popularität von Archiv und Bibliothek RomBuK- Bildung und Kultur in Rom e.V. bei, wofür er den Ehrenamtspreis Rheinischer Archivarius 2018 erhielt. Er ist in verschiedenen Kulturprojekten tätig, die sich mit der Literatur und dem kulturellen Erbe der Rom:nja befassen. Er veröffentlichte mehrere Lyrikbände auf Romanes.



Bildung und Kultur im Rom e.V.
Archiv und Dokumentationszentrum

Vera Tönsfeldt *1988, 2008-2016 Studium der Europäischen Ethnologie/Volkskunde und der Kunstgeschichte in Kiel, thematischer Schwerpunkt politische Kulturtheorie – Diskurs- und Netzwerkanalyse. 2016-2018 Volontariat mit Schwerpunkt Sammlungs- und Ausstellungsmanagement, 2018-2019 freie Kuratorin und Referentin, seit 2019 Dokumentarin mit dem Schwerpunkt Archiv und Dokumentationszentrum im RomBuK – Bildung und Kultur im Rom e.V., seit 2021 ist sie auch für das wissenschaftliche Projekt „DigiRom“ zuständig.

Keno Verseck, geb. 1967 in Rostock. Freier Journalist in Berlin und Bukarest. Keno Verseck arbeitet als freier Journalist über südosteuropäische Länder (Schwerpunkt: Rumänien und Ungarn) und über Wissenschaftsthemen (Schwerpunkt: Astronomie, Astrophysik und Raumfahrt) für deutsch- und rumänischsprachige Zeitungen, Radio- und Fernsehsender (u.a. die tageszeitung, Berliner Zeitung, Die Woche, Der Standard, Weltwoche, Deutsche Welle, WDR, ARD, ZDF, 22).
aus: <https://www.beck-shop.de/keno-verseck/creator/8015>



Bildung und Kultur im Rom e.V.
Archiv und Dokumentationszentrum

Lisa Willnecker, Studium der Geschichtswissenschaften, Germanistik und Public History in Heidelberg und Berlin, bis 2019 freie Mitarbeit im Bildungsforum gegen Antiziganismus, im Jüdischen Museum Berlin und im Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Seit August 2019 Historikerin im Projekt RomBuK - Bildung und Kultur im Rom e.V. mit dem Schwerpunkt rassismuskritische Bildungsarbeit.

José Xhemajli ist 20 Jahre alt und beendete letztes Jahr die Schule mit dem Abitur. Nach einem achtmonatigen Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) in den Niederlanden, war er für zwei Monate Praktikant bei RomBuK. Er studiert jetzt „Europäisches Recht“ in Maastricht.